

A-1NEU Landleben braucht Lifestyle – Grüne Strategien für lebenswerte ländliche Räume | LEITANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Ländliche Räume

1 In der aktuellen Politik herrscht immer noch eine idealisierte Sicht auf
2 ländliche Räume vor. Bei uns Grünen stehen vor allem Defizite und Probleme im
3 Fokus, wenn wir über ländliche Räume sprechen. Wie auch in anderen
4 gesellschaftlichen Bereichen ist genau das Beschriebene auch immer eine Frage
5 der Sichtweise.

6 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt wollen in den nächsten Jahren
7 ein Politikangebot umsetzen, in dem es auch um eine Konzentration auf ländliche
8 Räume geht und eher die Stärken und Potenziale erkannt als Defizite bejammert
9 werden. Wir wollen Sichtbarkeit für die Belange von ländlichen Räumen erzeugen.
10 Unser bündnisgrünes Politikangebot will Antworten formulieren und Lösungen
11 umsetzen, die nicht nur akzeptiert werden, sondern vor allem auch den
12 tatsächlichen aktuellen Bedürfnissen und Prioritäten auf dem Land entsprechen.

13 Egal ob in städtischen oder ländlichen Räumen, ob in wachsenden oder
14 schrumpfenden Regionen: Menschen müssen die gleichen Chancen haben, an der
15 Gesellschaft teilzuhaben – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Wohnort und
16 ihrem Geldbeutel. Daher brauchen alle Menschen Zugang zu guter Bildung,
17 Qualifizierung und Arbeit, zu ärztlicher Versorgung, Pflege, Schulen und
18 Kinderbetreuung, digitalen Angeboten, zu Kultur- und Freizeitangeboten und auch
19 zu Einkaufsmöglichkeiten. Durch moderne Mobilitätsangebote, die Chancen von
20 Digitalisierung und Integration, aber auch durch Energie- und Agrarreformen
21 können ländliche Regionen so auch zukünftig lebenswert und attraktiv bleiben.
22 Dabei darf es nicht von der Region abhängen, wie ein Lebensweg verläuft.

23 Doch tatsächlich entwickeln sich die regionalen Lebensverhältnisse immer stärker
24 auseinander. Während es bundesweit um die großen Ballungszentren herum
25 prosperierende Gegenden gibt, haben andere, meist ländliche Regionen massiv mit
26 den Auswirkungen von Abwanderung und Alterung zu kämpfen. Das wirkt sich schon
27 heute spürbar auf das Leben und die Versorgung in strukturschwachen ländlichen
28 Regionen aus. Eine Landespolitik geprägt von falschen Analysen und
29 Lösungsangeboten in Sachsen-Anhalt verstärkt diese Negativspirale noch. In
30 Sachsen-Anhalt hängte die Sparpolitik der vorigen Landesregierungen ganze
31 Landesteile ab von Mobilität und moderner digitaler und sozialer Infrastruktur.
32 Eine zentralisierte Bildung zwingt Kindern auf dem Land überlange Schulwege auf.
33 Industrielle Landwirtschaft und industrielle Tierhaltung lassen die ländlichen
34 Räume veröden.

35 Wir Grüne setzen auf Investitionen in eine moderne Infrastruktur, mit dem Ziel
36 echter Chancengerechtigkeit in ländlichen Räumen. Wir wollen die Wertschöpfung
37 vor Ort stärken, indem wir umweltfreundliche Landwirtschaft, Mobilität und eine
38 nachhaltige Energieversorgung mit Naturschutz, Tourismus, Handwerk sowie kleinen
39 und mittleren Unternehmen zusammen denken. Wir erhalten die kleinen Schulen und
40 sorgen überall für gute Bildung von Anfang an und lebenslang! Weitere Kürzungen
41 an jeglicher sozialer Infrastruktur auf dem Land wollen wir verhindern.

42 Dabei kommt es uns darauf an, Politikangebote gemeinsam mit den Menschen vor Ort
43 zu entwickeln und zu gestalten. Wir machen uns dafür stark, dass die Menschen
44 zukünftig wieder mehr über ihre Belange mitentscheiden können. Das stärkt den
45 Gemeinsinn in der Kommune und den Zusammenhalt einer Region und begünstigt die
46 Akzeptanz eines demokratisch organisierten Gemeinwesens.

47 Für die nächsten Jahre bedeutet dies konkret:

48 Ländliche Räume brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihre
49 Aufgaben im Sinne der Bürger*innen bewältigen zu können. Hier ist der Bund
50 gefragt, dem Land und den Kommunen in Sachsen-Anhalt mehr finanziellen Spielraum
51 zu geben. 2019 laufen der Länderfinanzausgleich und ebenso der Solidarpakt Ost
52 aus. Hier sind bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen dringend Wege zu finden,
53 einen solidarischen Föderalismus zu gewährleisten, damit sich die Spaltung in
54 arme und reiche Regionen nicht vertieft.

55
56 Finanzausweisungen erfolgen in erster Linie nach der Einwohnerzahl. In Sachsen-
57 Anhalt wird allen Prognosen folgend die Einwohnerzahl weiter sinken; besonders
58 betroffen sind hiervon die ländlichen Regionen. Die Infrastruktur wird aber
59 nicht linear weiter schrumpfen können. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen,
60 dass die Bundes- und Länderfinanzausweisungen durch einen Flächenfaktor ergänzt
61 werden.

62 Wir wollen Chancengleichheit und gute Bildung für alle Kinder und Jugendliche &
63 Erwachsene unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder der Region, in
64 der sie aufwachsen. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung und einer
65 zunehmenden sozialen Spaltung dürfen wir kein Talent zurücklassen.

66 Für die Wege zu Schule oder Kita wollen wir den Grundsatz „kurze Beine, kurze
67 Wege“ umsetzen. Statt Schulschließungen und viel zu langer Schulwege wollen wir
68 Schulen ermöglichen, kleinere Klassen einzurichten und die ganztägige Betreuung
69 auszuweiten. So können auch kleine ländliche Schulen erhalten bleiben.

70 Ob in der KiTa, im Hort oder Schule: es braucht qualifiziertes Personal. Wir
71 fordern eine Ausbildungs-offensive, um dem bestehenden Fachkräftemangel
72 entgegenwirken zu können. Die Ausbildung von Erzieher*innen muss kostenfrei
73 ermöglicht werden und Pädagog*innen müssen in ausreichender Zahl ausgebildet
74 werden. Qualifizierungsangebote für Quereinsteiger*innen wollen wir ausbauen.

75 Der ÖPNV ist gerade in ländlichen Räumen wichtiger Bestandteil der
76 Daseinsvorsorge, der nicht Sparzwängen geopfert werden darf. Wir kämpfen
77 dagegen, dass ganze Regionen verkehrstechnisch abgehängt werden und der
78 Schulverkehr das einzige Angebot im öffentlichen Nahverkehr bleibt.

79 Neben den klassischen Nahverkehrsangeboten von Bus und Bahn wollen wir flexible,
80 moderne und bedarfsgerechte Alternativen fördern – vom Anrufsammeltaxi über
81 Bürger*innenbusse bis hin zum Kombibus, in dem Fahrgäste und Güter transportiert
82 werden können. Privat oder im Verein organisierte Fahrdienste, Car-Sharing auf
83 der wachsenden Basis von Elektrofahrzeugen und Bike-Sharing wollen wir
84 unterstützen und das Radfahren auch in ländlichen Räumen leichter, bequemer und
85 sicherer machen. Wir sind der Überzeugung, dass es sich lohnt, in öffentliche
86 Verkehrsmittel zu investieren. Initiativen für einen fahrscheinlosen
87 steuerfinanzierten ÖPNV stehen wir offen gegenüber.

88 Grüne stärken die regionale Wirtschaft und Landwirtschaft. Damit junge, gut
89 qualifizierte Arbeitssuchende nicht abwandern und Unternehmen in der Region
90 genügend Fachkräfte finden, müssen die Arbeit und das Leben auf dem Land
91 attraktiv bleiben und werden.

92 Viele ländliche Regionen haben das Potenzial als „Garten der Metropolen“ nicht
93 nur Naherholung zu bieten, sondern durch Kunst und Handwerk oder
94 Direktvermarktung von Lebensmitteln ein vielfältiges wirtschaftliches Fundament
95 zu legen.

96
97 Strategische Zuwanderung für eine wirtschaftliche Zukunft des ländlichen Raumes

98
99 Die erwerbsfähige Bevölkerung Sachsen-Anhalts wird bis 2030 um rund 30% sinken.
100 Die Wachstumsraten Sachsen-Anhalts sind bereits jetzt im Vergleich zu anderen
101 Bundesländern wegen der demografischen Krise deutlich niedriger. Die ländlichen
102 Gebieten trifft diese demografische Krise noch viel stärker als die Großstädte.
103 Klar ist: Es braucht Menschen, die die ländlichen Räume mit Leben erfüllen.
104 Sachsen-Anhalt muss für Menschen attraktiv werden, die ihr Leben durch Arbeit
105 verbessern wollen. Rückkehrkampagnen sind nur wenig erfolgreich. Deswegen setzen
106 wir auch auf eine strategische Zuwanderung. Als zweiter Ansatzpunkt müssen wir
107 es schaffen, dass mehr deutsche wie internationale Studierende nach ihrem
108 Studium an einer Hochschule in Sachsen-Anhalt im Land Arbeit finden und bleiben.

109 Die Energie des Landes nutzen und zukünftig die Mitbestimmung vor Ort sowie
110 regionale Wertschöpfung stärken. Die Energiewende ist ein wichtiger Schritt zur
111 Sicherung des Energiebedarfes für die Zukunft. Insbesondere in den ländlichen
112 Räumen finden sich die notwendigen Ressourcen, Flächen und die Potenziale, um
113 Energieproduktion neu zu denken. Mit Biomasse, Windenergie und Photovoltaik
114 lässt sich schon heute in vielen ländlichen Regionen der Strom von morgen
115 klimafreundlich produzieren. Der Energiehunger insbesondere der Ballungszentren
116 wird aktuell größtenteils durch die ländlichen Räume gedeckt. Hier liegen
117 einerseits große Chancen für die ländlichen Räume, denn Erneuerbare Energien
118 stimulieren die regionale Wertschöpfung, schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze
119 und machen ländliche Kommunen unabhängig von Importen und Preissprüngen bei der
120 Energieversorgung. Andererseits braucht es dringend einen Prozess, um tragfähige
121 und vor Ort akzeptierte Energiegewinnungskonzepte zu entwickeln und die
122 Wertschöpfung in den Erzeugerregionen zu belassen. Energiegewinnung geht nur mit
123 den Menschen vor Ort und nicht gegen sie!

124 Wir Grüne machen uns stark für lebendige Ortskerne und gegen die Verödung von
125 Dörfern und Kleinstädten. Unser Ziel ist, dass Kinos, Theater, Sportvereine,
126 Bibliotheken, Seniorenangebote und Angebote von Jugend- und Sozialarbeit für
127 alle zugänglich und gut erreichbar sind. Durch eine stärkere Kooperation von
128 städtischen und ländlichen Räumen könnten v. a. im kulturellen Bereich die
129 Stärken des einen und die Schwächen des anderen zum Wohle aller genutzt und
130 kompensiert werden.

131 Um die Nahversorgung der Menschen mit regionalen Produkten zu sichern, wollen
132 wir Direktvermarktung, mobile oder Online-Angebote ausweiten. Wir wollen
133 Nachbarschaftshilfe, Bürgerwerkstätten sowie junge innovative Unternehmen als
134 Träger des aktuellen Strukturwandels unterstützen. Zielsetzung ist hierbei eine
135 lebendige Kommune der kurzen Wege.

136

137 Grüne Politik stärkt die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ländlichen
138 Räumen. Deswegen unterstützen wir alle Menschen, die sich friedlich für
139 Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Wir GRÜNE wollen
140 demokratisches Engagement und Vereinsarbeit sowie moderne Formen der
141 Bürgerbeteiligung besser fördern. Wir beziehen Position gegen Rassismus,
142 Antisemitismus und alle Ideologien der Ungleichwertigkeit.
143 Genossenschaften können wesentlich dazu beitragen, die Bindung an und das
144 Engagement für ländliche Regionen zu stärken. Deshalb fordern wir eine stärkere
145 Unterstützung bestehender und neugegründeter Genossenschaften.

146 Um die digitale Kluft zwischen Stadt und ländlichen Regionen zu schließen,
147 müssen erhebliche Mittel für den Ausbau von schnellem Internet bereitgestellt
148 werden. Eine Breitbandverbindung auf der Höhe der Zeit gehört für uns zur
149 politischen Daseinsvorsorge. Neue Arbeitsmodelle wie Homeoffice, im Internet
150 abrufbare Verwaltungsdienstleistungen oder Telemedizin – die Digitalisierung
151 kann vielen Menschen die Fahrt oder gar die Abwanderung in die Stadt ersparen
152 und eine Arbeits- und damit eine Lebensperspektive in ländlichen Räumen
153 ermöglichen.

154 Beim Zugang zu Gesundheit können neue Modelle helfen, Versorgungslücken zu
155 schließen. Schrumpfende Dörfer und Kommunen sind gerade für alte und kranke
156 Menschen eine ernsthafte Gefahr, wenn dadurch der medizinische Schutz immer
157 weiter ausgedünnt wird. Es bedarf deshalb der richtigen finanziellen und
158 politischen Anreize, um auch weiterhin ärztliche Versorgung zu gewährleisten.

159 Eine wichtige Rolle spielen für uns alle Faktoren zu Gunsten von
160 Familienfreundlichkeit in ländlichen Räumen. Denn nur attraktive ländliche Räume
161 werden auch Orte bleiben, an denen sich Unternehmen, Ärzte und Familien gerne
162 niederlassen.

A-2 Gesund und nachhaltig bauen und wohnen – Die Ökobilanz von Neubauten und Sanierungen in Sachsen-Anhalt umfassend verbessern.

Antragsteller*in: Dorothee Berthold (KV Burgenlandkreis), Christian Franke, Dorothea Frederking (beide Altmarkkreis Salzwedel), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Susan Sziborra-Seidlitz (KV Harz)

Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

1 Leitbild:

2 Einen Großteil unseres Lebens verbringen wir in geschlossenen Räumen. Die
3 Gebäude und Wohnungen, in denen wir uns Zeit unseres Lebens größtenteils
4 aufhalten, spielen also eine zentrale Rolle für unsere Gesundheit und unser
5 Wohlbefinden. Wohngesundheit muss aus gesundheitspolitischer und
6 verbraucherschutzpolitischer Sicht hoch angesetzt werden.

7 Gleichzeitig trägt die Bauindustrie alleine durch die Herstellung von Zement zu
8 ca. 8 % der weltweiten CO₂-Emissionen bei. Auf den Deponien in Sachsen-Anhalt
9 und anderswo finden sich viele mineralische Abfälle aus der Bauwirtschaft.

10 Konventionelle Dämmstoffe sorgen für Müllberge. Zum Beispiel das
11 Flammschutzmittel HBCD in Polystyrol-Dämmstoffen, das bis 2017 Verwendung fand,
12 ist seit 2016 als „Sondermüll“ klassifiziert und entsprechend teuer zu
13 entsorgen.

14 Die Fragen nach für Menschen gesunden und für die Umwelt nachhaltigen Bauen und
15 Wohnen sind wesentlich für die Politik. Leitbild bündnisgrüner Politik ist
16 dabei, auf den Punkt gebracht, das Öko-Haus: ein Gebäude, das nicht CO₂-frei
17 freisetzt, sondern vielmehr bindet. Im besten Falle aus nachwachsenden Bau- und
18 Dämmstoffen besteht, die ökologisch produziert sind. Bei dessen Errichtung
19 Baumaterialien aus recycelten Bauprodukten verwendet werden, die ihrerseits
20 recycelbar sind und die regionale Kreislaufwirtschaft stärken. Ein solches
21 Gebäude punktet nicht nur in Sachen Klimaschutz, sondern fördert auch die
22 Wohngesundheit und das Wohlbefinden der BewohnerInnen.

23 Dies bündelt sich für uns in dem Slogan:

24 Öko-Bauen: Gut für das Klima. Gut für den Menschen.

25 Für Sachsen-Anhalt birgt die Stärkung des Öko-Bauens auch eine wirtschaftliche
26 Chance. Gerade die hiesige Holzwirtschaft kann davon profitieren. Wir wollen das
27 ökologische Bauen in Sachsen-Anhalt aus seiner Nische holen. Als Land wollen wir
28 dafür als gutes Beispiel vorangehen. Die Landesenergieagentur hat sich mit ihrer
29 baubiologischen Ergänzung der Bauherrenmappe auf den Weg gemacht. Dieser Impuls
30 ist im Land dringend aufzugreifen und zu verstärken. Ein solches weiter so,
31 ein weiteres Zustellen der Landschaft mit Beton und Styropor, wollen wir
32 verhindern. Für uns gehört die Zukunft dem nachhaltigen und ökologischen Bauen.
33 Damit sich diese Zukunftsvision erfüllt sind jetzt die Weichen zu stellen.

34 Öko-Bauen: Weit mehr als nur gute Dämmung

35 Ökologisches Bauen verlangt zu Beginn eine Weitung des Blickes. Denn der gängige
36 enge Fokus einzig auf den Energieverbrauch in der Nutzungsphase von Gebäuden

37 greift viel zu kurz, um die wirkliche Öko-Bilanz eines Gebäudes zu erfassen.
38 Energetische Sanierung ist gut und richtig zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.
39 Aber es gilt den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes – von der
40 Baustoffproduktion bis zum Rückbau – zu betrachten. Das bedeutet bspw., die
41 Graue Energie und die eingebundenen CO₂-Emissionen, die u. a. zur Herstellung
42 und Entsorgung von Baustoffen benötigt werden, einzurechnen. Denn ein gut
43 gedämmtes konventionelles Einfamilienhaus benötigt für seine Herstellung die
44 Energie von rund 200 Jahren Beheizung dieses Gebäudes. Öko-Häuser, seien sie aus
45 Holz oder Lehm, verbrauchen in ihrer Errichtungsphase deutlich weniger Energie
46 und stehen entsprechend in der Energiebilanz weit besser dar.

47 Nachhaltig Bauen heißt für uns bei Energieverbrauch, Baustoffen und
48 Kostenkalkulationen, den gesamten Lebenszyklus der Gebäude einzubeziehen. Dieser
49 nachhaltige Blick muss für PlanerInnen, ArchitektInnen, BauherrInnen,
50 BauträgerInnen und natürlich die Politik zum Standard werden.

51 Mit diesem weiten Blick sind die Vorteile ökologischen Bauens augenfällig.
52 Tragen doch Betonhäuser zur CO₂-Emission bei, wohingegen Holzhäuser CO₂ binden.
53 Die Landesenergieagentur beziffert die Differenz mit ca. 60 t CO₂. Der
54 Bau eines Einfamilienhauses führt zu ca. 45 t CO₂-Emissionen, wohingegen ein
55 ökologisches Einfamilienhaus aus Holz mit Naturdämmstoffen ca. 15t CO₂ bindet.
56 Ergo 60 t CO₂-Differenz. Auch können die Bauteile eines Holzhauses am Ende
57 seines Lebensweges als erneuerbare Energieträger verwertet werden, während manch
58 anderer Baustoff teuer auf der Sondermülldeponie zu entsorgen ist. Das Gleiche
59 gilt natürlich für Ökodämmstoffe wie Stroh und Zellulose, im Vergleich zu
60 konventionellen wie Polystyrol-Dämmstoffen. Die Einbeziehung solcher
61 Lebenszykluskosten unterscheidet das nachhaltig ökonomische Denken von
62 herkömmlichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen, bei denen oft nur die
63 Anschaffungs- und Baukosten eine Rolle spielen. Gerade im Bereich öffentlicher
64 Bauaufträge wollen wir Bündnisgrüne dieses nachhaltige ökonomische Denken
65 verankert wissen. Es darf nicht nur gelten, möglichst billig zu bauen, sondern
66 gerade der öffentlichen Hand muss es auch um ein wirtschaftlich nachhaltiges
67 Bauen gehen, das ökologische und wohngesundheitliche Aspekte verwirklicht.

68 Gerade in Bezug auf Holzbau besteht in Sachsen-Anhalt Nachholbedarf. Man muss
69 gar nicht mal nach Süddeutschland schauen, mit einem Anteil von bis zu 26 %
70 Holzbauten – so in Baden-Württemberg. Es reicht der Blick in die anderen
71 Ostländer wie Sachsen mit 15 % und Thüringen mit 13 % Holzbauten, um klar vor
72 Augen geführt zu bekommen: Sachsen-Anhalt liegt mit einer Holzbauquote von knapp
73 über 9 % deutlich in der Schlussgruppe.

74 Wohngesundheit fördern durch ökologisches Bauen.

75 Auch Kleidung aus 100 % Polyester hält warm. Aber bekanntermaßen ist solche
76 Kleidung nicht atmungsaktiv, gibt bei jedem Waschen Mikroplastik in den
77 Wasserkreislauf ab und hat einen geringen Tragekomfort. Weit besser sind
78 Naturprodukte wie Baumwolle. Sehr ähnlich verhält es sich mit Hausdämmung. Auch
79 Polystyrol-Dämmstoffe halten die Wärme im Inneren, aber das Raumklima nimmt
80 Schaden. Ganz anders bei Öko-Dämmstoffen. Durch diese bekommen wir „atmende
81 Wände“. Angefangen bei mineralischer Dämmung aus Kalk, Sand und Zement über
82 nachhaltige Materialien wie Zellulose, Wolle oder Stroh. Dann droht nicht
83 Schimmelbefall durch mangelnde Lüftung, sondern Wohngesundheit wird umfassend
84 gefördert.

85 Lehm ist für Allergiker interessant, denn das Naturprodukt filtert nicht nur
86 Schadstoffemissionen, sondern auch Feinstäube aus der Raumluft und bindet diese
87 dauerhaft. Lehm trägt dazu bei, den Feuchtigkeitsgehalt des Wohnraums zu
88 regulieren, indem er Wasserdampf aufnimmt, speichert und bei Bedarf wieder
89 abgibt. Schimmelbildung und etwa ein Austrocknen der Schleimhäute wird dadurch
90 vorgebeugt. Auch der Baustoff Holz ist schadstoffabsorbierend. Daneben sorgt es
91 für ein ausgeglichenes Innenraumklima, indem es die Feuchtigkeit der Raumluft
92 aufnimmt, speichert und bei zu trockener Luft wieder abgibt. Mit Abnahme der
93 relativen Luftfeuchtigkeit stirbt auch ein Großteil der Hausstaubmilben, was für
94 Allergiker besonders vorteilhaft ist.

95 Als Bündnisgrüne denken wir Klimaschutz und Wohngesundheit stets zusammen. Denn
96 energetische Sanierung darf nicht auf Kosten der Wohngesundheit gehen. Bis vor
97 kurzem kam etwa zur Dämmung das hochgiftige Flammschutzmittel HBCD in
98 Polystyrol-Dämmstoffen zum Einsatz. Die Ausnahmegenehmigung für den Einsatz
99 dieses toxischen Stoffes war von der EU bis 2017 verlängert worden, obwohl es
100 bereits seit Oktober 2016 als "Sonderabfall" deklariert war.

101 Die Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene stellt dazu
102 allgemein fest, dass neben genetischen und allgemeinen Umwelteinflüssen
103 zunehmend Schadstoffe aus Bauprodukten/ Einrichtungsgegenständen als mögliche
104 Verursacher von Allergien in den Blick geraten. Auch kommen Studien des
105 Helmholtz Instituts und der Universität Leipzig zu dem Schluss: „Insbesondere vom
106 Renovieren von Wohnungen geht eine Gefahr für die Kinder aus, an Allergien zu
107 erkranken.“^[1]

108 Wohngesundheit im Sinne eines allergikerInnenfreundlichen Bauens und des
109 Anspruchs der Schadstoffminimierung ist als wesentlicher Aspekt ökologischen
110 Bauens mit zu denken. Schließlich können auch Holzbauten durch entsprechende
111 Lacke und Holzschutzmittel gesundheitsschädigend wirken. Nur im Zusammenspiel
112 von ökologischen und gesunden Bauen bekommen wir einen Mehrwert für Mensch und
113 Natur.

114 GRÜNE Forderungen zur Stärkung des Öko-Bauens:

- 115 • Kommunale und Landesförderung von ökologischen Bau- und Dämmstoffen als
116 Marktanzreizsystem. Sachsen-Anhalt soll sich ein Beispiel an den Ländern
117 Hamburg und Bayern oder etwa der Stadt München nehmen, die bereits
118 baubiologische Programme in ihre Förderkulisse aufgenommen haben.
- 119 • Aufnahme von baubiologischen Aspekten in das Landesvergabegesetz.
- 120 • Berücksichtigung von baubiologischen Anforderungen bei der Ausschreibung
121 öffentlicher Bauvorhaben. Sowohl auf Seiten der Kommunen, wie des Landes.
- 122 • Holzbauquote deutlich steigern. Bis 2030 Angleichung mindestens auf Ost-
123 Niveau (von knapp über 9 % auf mindestens 15 %). Dafür ist Anpassung der
124 Landesbauordnung an Musterbauordnung im Bereich Holzbauten nötig und der
125 Einsatz des Landes auf Bundesebene zur Umsetzung der Charta Holz 2.0.
- 126 • Einsatz des Landes auf Bundesebene für eine stärkere Berücksichtigung der
127 Emissionen bei der Herstellung von Baustoffen in der
128 Energieeinsparverordnung.

129 Ökologisches Bauen: Wissen wie es geht

130 Neben einer materiellen Förderung des Öko-Baus, um dessen Marktgängigkeit zu
131 befördern und als Land mit gutem Beispiel voran zu gehen, bedarf es auch einer
132 ideellen Unterstützung. Zwar gibt es beispielsweise den Fernlehrgang Baubiologie
133 vom Institut für Baubiologie und Nachhaltigkeit (IBN) in Rosenheim, aber eine
134 breit aufgestellte Wissensvermittlung und einschlägige Berufsabschlüsse fehlen.
135 So kann das Ansinnen von Bauherren ökologisch zu bauen schlicht und ergreifend
136 daran scheitern, dass niemand gefunden wird, der dazu auch die nötige Kompetenz
137 hat.

138 Die Landespolitik ist gehalten, zusammen mit den Handwerkskammern und
139 VertreterInnen einschlägiger Studiengänge Curricula zum ökologischen,
140 nachhaltigen und wohngesunden Bauen zu entwickeln, spezifische
141 Fortbildungsangebote zu schaffen und generell den Wissenstransfer zu fördern.

142 Zusammen mit der Landesenergieagentur hat das Land eine Online-Plattform
143 einzurichten zur Vermittlung und Vernetzung von Betrieben und Unternehmen, die
144 im Bereich ökologisches Bauen und Sanieren besondere Expertise vorweisen. Das
145 umfasst sowohl die Baustoffproduktion, den Baustoffhandel, Planerinnen und
146 Planer, Architekturbüros, Handwerksbetriebe und natürlich Bauträger. Eine
147 Online-Plattform soll diese vielfältigen Akteursgruppen im Bereich des
148 ökologischen Bauens vernetzen und einen möglichst umfassenden zentralen
149 Anlaufpunkt für Sachsen-Anhalt anbieten. Damit sowohl BauherrInnen leichter
150 passende Anbieter finden können, als auch die einschlägigen Betriebe und
151 Unternehmen unkompliziert „gleichgesinnte“ KollegInnen aus dem Bereich
152 ökologisches Bauen kontaktieren können.

153 GRÜNE Forderungen

- 154 • Schaffung einer Online-Plattform für baubiologisch orientierte Unternehmen.
155 Zur Vernetzung der Fachkompetenz im Land und einer zentralen Anlaufstelle
156 für interessierte (potentielle) Bauherren.
- 157 • Kompetenzerwerb und Wissensmanagement im Bereich ökologisches Bauen sowohl
158 ideell wie materiell fördern.
- 159 • Landesförderung für baubiologische Fort- und Weiterbildungsangebote.

160 Grünes Bauen und Quartiersentwicklung

161 Nachhaltiges Bauen hat auch eine soziale Komponente. Damit fügt sich dieser
162 Ansatz in das Grüne Leitbild eines inklusiven Quartiers ein. Etwa die Deutsche
163 Gesellschaft für nachhaltiges Bauen berücksichtigt bei ihrer Zertifizierung
164 ausdrücklich die „Standortqualität“, ob also Gebäude einen positiven Beitrag für
165 das Quartier leisten und beispielsweise Gegebenheiten im Quartier
166 berücksichtigen. Das einzelne Gebäude wird so im Zusammenhang mit dem Quartier
167 und seinen BewohnerInnen betrachtet und bewertet. Nachhaltiges Bauen ist der
168 harte Fakt für eine gelungene Quartiersentwicklung. Doch diese ist ebenso
169 abhängig von weichen Faktoren wie QuartiersmanagerInnen, Quartierbüros und der
170 Förderung von Vernetzung, etwa im Rahmen der Pflege und Unterstützungsleistungen
171 für ältere Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Familien. Damit fügt sich der
172 Ansatz „Öko-Bauen“ nahtlos an den Parteibeschluss „Selbstbestimmt wohnen und
173 leben – auch bei Pflege und Unterstützungsbedarf“ und erweitert diesen

174 programmatisch um eine wohnungs- und baupolitische Dimension. Das inklusive
175 Quartier wollen wir im Grünen Sinne auch zu einem klimaneutralen und
176 nachhaltigen Quartier machen. Ein solches Quartier ist dann Symbol einer sozial-
177 ökologischen Wende. Um einen solcherart inspirierenden Ort gelungener Praxis zu
178 schaffen, wollen wir ein wissenschaftlich begleitetes und evaluiertes
179 Modellvorhaben in Sachsen-Anhalt landesseitig fördern.

180 GRÜNE Forderung:

- 181 • Ausschreibung einer langfristig angelegten Landesförderung für ein
182 Modellvorhaben „Inklusiv und klimaneutral: Das Vorzeigequartier Sachsen-
183 Anhalts“ unter enger Einbeziehung sozial- wie ingenieurwissenschaftlicher
184 Expertise und begleitender Evaluation.

185 [\[1\]http://www.ufz.de/index.php?de=35808](http://www.ufz.de/index.php?de=35808) ;
186 http://www.ufz.de/export/data/2/100179_Neuer
187 [%20Fu%C3%9Fboden%20kann%20zu%20Atemproblemen%20bei%20Babys%20f%C3%BChren_15.12.2-](http://www.ufz.de/export/data/2/100179_Neuer%20Fu%C3%9Fboden%20kann%20zu%20Atemproblemen%20bei%20Babys%20f%C3%BChren_15.12.2014.pdf)
188 [014.pdf](http://www.ufz.de/export/data/2/100179_Neuer%20Fu%C3%9Fboden%20kann%20zu%20Atemproblemen%20bei%20Babys%20f%C3%BChren_15.12.2014.pdf)

A-3 Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!

Gremium: Landesfachgruppe Frauen
Beschlussdatum: 16.05.2018
Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

- 1 Nahezu ein Jahr vor den Kommunalwahlen wollen wir die Kreisverbände und
- 2 kommunalen Fraktionen in die Pflicht nehmen, Strukturen zu schaffen, die es mehr
- 3 Frauen ermöglicht, sich kommunalpolitisch zu beteiligen.
- 4 Kreisverbände und kommunalen Fraktionen sollen den Rahmen ihrer Möglichkeiten
- 5 für eine höhere Frauenbeteiligung in kommunalen Parlamenten nutzen.
- 6 Innerparteilich bedeutet dies für die Kreisverbände, ihre Ansprache und die
- 7 Normierung auf Frauen zu zuschneiden. Für die Fraktionen bedeutet dies
- 8 einerseits, dass sie ihre Strukturen, z.B. Sitzungskultur und
- 9 Aufwandsentschädigungen, weiblicher gestalten und andererseits in ihrer Kommune
- 10 Veränderungsprozesse anstoßen, die eine paritätische Frauenbeteiligung in den
- 11 Parlamenten begünstigen, z.B. die Möglichkeit der Elternzeit für
- 12 Kommunalpolitiker*innen.
- 13 Wir beantragen, dass sich jeder Kreisverband und jede kommunale Fraktion die
- 14 Gewinnung von Frauen für kommunalpolitische Ämter in Vorbereitung und
- 15 Durchführung auf die kommende Kommunalwahl 2019 in den Mittelpunkt ihrer
- 16 Überlegungen und Bestrebungen stellt.

Begründung

Als die Grünen 1983 mit einer 50% Quote in den Bundestag einzogen, haben sie einen überparteilichen, vielleicht gar gesamtgesellschaftlichen Impuls gegeben. In den Folgejahren führten auch andere Parteien Quotierungen ein. Die Frage der Beteiligungsmöglichkeiten der Frauen, nicht nur die politische, wird seither über den schon länger andauernden akademischen Diskurs hinaus ausgehend von den Grünen in die Praxis umgesetzt.

Die Bedeutung der paritätischen Besetzung von Mandaten für die Abbildung unserer Gesellschaft und damit für unsere Demokratie ist von unbestrittener Bedeutung.

Während die Quotierung der Mandate auf Bundes- und Landesebene in der Regel eingehalten wird, scheinen auf kommunalpolitischer Ebene andere Mechanismen zu greifen. Die sachsen-anhaltische Bündnisgrüne Spannweite der Frauenmandate auf kommunaler Ebene öffnet sich im Harzkreis bei knapp über 50 % und findet ihr trauriges Ende in Magdeburg und Dessau bei einer Frauenbeteiligung von 0%.

Das ist viel zu wenig, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass gerade die kommunalpolitische Parteebene der „gate-keeper“ für die Frauenrepräsentanz im übergeordneten Parlamenten ist. Aus der kommunalen Ebene rekrutieren auch wir Grüne unseren weiblichen und männlichen Nachwuchs für Führungspositionen. Es ist also dringend geboten, sensibel mit Quotenausreißern auf in den Kommunalparlamenten umzugehen.

Anstatt aber immer wieder mit dem Finger auf die sich nicht zur Wahl stellende Frau zu zeigen, müssen Strukturen hinterfragt und geändert werden, damit auch Frauen sich für diese verantwortungsvolle Aufgabe entscheiden.

Wie rekrutieren wir die Frauen, die sich zur Wahl aufstellen lassen? Wie schaffe wir einen niederschweligen Einstieg in die kommunalpolitische Arbeit, wie werden Expertinnen explizit in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden und damit der Zugang zum Amt bereitet. Die Palette der zu hinterfragenden Themen ist damit nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus muss in der vor allem auf Männer zugeschnittene Welt der kommunalen Fraktionsarbeit für die Welt der Frauen geöffnet werden. Dies muss in den Bündnisgrünen Fraktionen selbst geschehen. Wie gestaltet sich die Sitzungskultur, wie verbindlich wird sich an zeitliche Vorgaben gehalten und wie werden die doch zumeist weichen Themen der Frauen (Bildung, Soziales, Gesundheit) in der Fraktion gewürdigt, sind beispielsweise kritische zu betrachtende Punkte.

Aber auch in den kommunalpolitischen Parlamenten muss der Weg für Mehr Frauenbeteiligung bereitet werden. Auch hier muss die Sitzungskultur, die Möglichkeiten von Kinderbetreuung während der Sitzungen sowie Elternzeiten für Mandatsträger*innen neben einer Quotierung von Ausschussmitgliedern vorangetrieben werden.

Es ist nicht zu erwarten, dass über Jahre gewachsene Strukturen in wenigen Monaten verändert werden. Wohl aber erwarten wir das couragierte Bestreiten dieses Weges.

A-4 Mehrwertsteuer frauenfreundlich gestalten

Gremium: Landesfachgruppe Frauen
Beschlussdatum: 16.05.2018
Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

- 1 Frauen werden finanziell nicht nur beim Lohn benachteiligt. Monatlich benötigte
- 2 Hygieneartikel werden bei der Mehrwertsteuer als „Luxusgegenstände“ betrachtet,
- 3 weshalb Frauen einen Mehrwertsteuersatz von 19% für diese Produkte zahlen. Es
- 4 lässt sich berechnen, dass zum Beispiel eine 45-jährige Frau bislang rund 7.200
- 5 Euro für ihre Periode gezahlt hat, davon 1.350 Euro Steuern. Doch besonders
- 6 Obdachlose, Auszubildende/Studentinnen und Frauen mit Hartz IV oder geringem
- 7 Einkommen sind von dem hohen Mehrwertsteuersatz für Frauenhygieneartikel
- 8 belastet.
- 9 Eingeführt wurde der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7% für „Produkte des
- 10 täglichen Bedarfs“, um „bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ zu
- 11 verbilligen. Doch die Liste der Ausnahmen geht weit über den lebensnotwendigen
- 12 Bereich hinaus: Schnittblumen, Hotelübernachtungen, Katzenfutter,
- 13 Skiliftfahrten. Für Briefmarken gilt sogar ein Mehrwertsteuersatz von 0%. Doch
- 14 notwendige Frauenhygieneartikel werden leider nicht bedacht, obwohl sie von der
- 15 Hälfte der Bevölkerung regelmäßig genutzt werden und damit sehr wohl zum
- 16 täglichen Bedarf gehören.
- 17 Nach EU-Gesetzgebung müssen Hygieneprodukte mit 5% besteuert werden. Dieser
- 18 Grenze sollte sich angenähert werden, denn im internationalen Vergleich ist
- 19 Deutschland ist neben Schweden das einzige EU-Land, das Frauenhygieneartikel
- 20 derart hoch besteuert. Vorreiter in diesem Bereich ist Kenia, wo seit 2011 auf
- 21 Hygieneartikel für Frauen keine steuerlichen Abgaben mehr entfallen dürfen. Auch
- 22 Kanada zog schnell nach. Frankreich senkte 2015 die Mehrwertsteuer für
- 23 Frauenhygieneartikel von 20 auf 5,5% und nimmt dadurch Steuereinbußen von 55
- 24 Millionen Euro im Jahr in Kauf.
- 25 Das willkürliche Mehrwertsteuersystem in Deutschland gilt es zu beenden, denn
- 26 Frauen zahlen in dem Fall dafür Mehrwertsteuern, dass sie Frauen sind. Der Staat
- 27 soll nicht am Frau-sein verdienen.
- 28 Frauenhygieneartikel keine Luxusgegenstände, sondern Notwendigkeiten.
- 29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt setzen sich für eine Reform des
- 30 Mehrwertsteuersystems ein. Die Kategorie „Produkte des täglichen Bedarfs“ muss
- 31 im Zuge dessen neu definiert werden und zukünftig auch Frauenhygieneartikel
- 32 beinhalten.
- 33 Umweltfreundliche Alternativen betrachten wir als förderungswürdig. Für diese
- 34 sollte Mehrwertsteuer von 5% anfallen.

A-5-Neu2 Jüdisches Erbe bewahren – Jüdische Gemeinden unterstützen – Antisemitismus bekämpfen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

1 Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt bewahren

2 Die jüdische Kultur hat in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt eine lange
3 Tradition. Im Jahr 2021 werden wir 1.700 Jahre Judentum im Gebiet der
4 Bundesrepublik Deutschland feiern. Diese 1.700 Jahre gemeinsamer Geschichte
5 verliefen jedoch nicht bruchlos.

6 Jüd*innen waren im Verlauf der Jahrhunderte häufig der Verfolgung ausgesetzt.
7 Antijudaistische Propaganda bis hin zu Pogromen haben das jüdische Leben immer
8 wieder in Frage gestellt. Das galt auch für große Vordenker*innen unserer Region
9 wie Martin Luther, dessen aggressiver Antijudaismus von seinem reformatorischen
10 Werk nicht getrennt werden kann.

11 Durch die Shoa sind europäische Jüd*innen und mit ihnen das jüdische Leben in
12 Deutschland vernichtet worden. Es ist daher in besonderem Maße erfreulich, dass
13 sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder Jüd*innen Sachsen-
14 Anhalt ihr Zuhause nennen. Bei uns als Nachfahren der Täter*innen, der
15 Wegschauenden und den Holocaust mit verschuldenden Bevölkerung herrscht ein
16 Bewusstsein darüber, dass jüdisches Gemeindeleben in Sachsen-Anhalt keine
17 Selbstverständlichkeit ist.

18 Es ist erfreulich, dass die jüdische Kultur und Religion nach den Schrecken der
19 antijudaistischen Hetze der Vergangenheit in Sachsen-Anhalt heute wieder
20 vertreten ist und offen gelebt wird. Zugang zu jüdischer Kunst, Kultur und
21 Tradition bieten bspw. die „Tage der jüdischen Kultur und Geschichte“ in
22 Magdeburg oder die „Jüdischen Kulturtage“ in Halle. Verschiedene
23 Veranstaltungsformate bringen dabei Besonderheiten des jüdischen Kulturguts
24 näher und ermöglichen den Dialog. Das Interesse und die Partizipation der
25 Bevölkerung an diesen Veranstaltungen sind groß und unbedingt unterstützenswert.

26 Es ist zudem hervorzuheben, dass die Stadt Halle in vergangenen Jahrhunderten
27 stark von der jüdischen Kultur beeinflusst wurde. Davon zeugt bspw. die Nähe der
28 jiddischen Sprache zum halleschen Dialekt. Zudem ist die u.A. in Halle wurzelnde
29 Band „Simkhat Hanefesh“, die alte jiddische Lieder wieder zum Leben erweckt,
30 sehr erfolgreich.

31 Auch das kulturhistorische Museum Synagoge Gröbzig ist weit über die Grenzen
32 Sachsen-Anhalts hinaus bekannt und deutschland- und europaweit einmalig. In der
33 Synagoge, dem Gemeindehaus, der Schule und dem Friedhof wird sich mit dem
34 jüdischen Erbe befasst. Dabei bietet dieser Ort die einzigartige Möglichkeit des
35 atmosphärischen Eintauchens in die jüdische Kulturgeschichte des Landes.

36 Das Ziel die kulturelle Vielfalt, insbesondere auch das jüdische Kulturgut, in
37 Sachsen-Anhalt zu schützen und in seiner Entwicklung zu unterstützen ist ein
38 wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Dieses gründet insbesondere auch auf
39 unserer historischen Verantwortung nach den Schrecken der Shoa. BÜNDNIS 90/DIE
40 GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung aus diesem Grund dazu auf,

41 Initiativen zu fördern, die die jüdische Kultur in Bereichen wie Religion,
42 Sprache, Theater, Musik und Geschichte bewahren und die Weltoffenheit unserer
43 Gesellschaft sicherstellen und erweitern.

44 Erinnerungskultur fortentwickeln

45 Im Schulunterricht spielt das Judentum eine geringe Rolle. Zwar werden
46 Grundkenntnisse der Religion im Religions- und Ethikunterricht vermittelt und im
47 Geschichtsunterricht wird das Judentum erwähnt, jedoch konzentriert sich die
48 schulische Wissensvermittlung fast ausschließlich auf die Shoa. Das jüdische
49 Leben vor und nach dem Kulturbruch der Shoa bleibt weitestgehend unerwähnt,
50 obwohl es ein Teil unserer Geschichte ist.

51 Die Erinnerungskultur wird heute durch Gedenkstätten und Zeitzeug*innengespräche
52 geprägt, welche wertvolle Arbeit leisten. Doch mit der Zeit werden
53 Zeitzeug*innen immer weniger, weshalb sich die Art der Erinnerungskultur
54 verändern muss. Es müssen Konzepte entwickelt werden, wie wir nachkommenden
55 Generationen die dunkelste Zeit deutscher Geschichte vermitteln, wenn keiner
56 mehr da ist, der diesen Schrecken selbst miterlebt hat. Ein möglicher Weg, den
57 Schrecken zu erfassen, ist es, durch die Vermittlung der jüdischen Kultur zu
58 erleben, welcher bedeutender Teil der Kultur vernichtet wurde. Durch die Kultur
59 wird der emotionale Zugang zu dem Thema möglich, den es braucht, damit sich die
60 Geschichte nicht wiederholt.

61 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung dazu auf,
62 gemeinsam mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der
63 jüdischen Community ein Konzept zur schulischen und außerschulischen Vermittlung
64 jüdischer Kultur zu entwerfen. Wir sehen dabei die Dialog- und Begegnungsarbeit
65 im jüdisch-muslimischen Kontext, die Kooperationen zwischen jüdischen und
66 nichtjüdischen Bildungsträgern und den Ausbau an Angeboten von Fort- und
67 Weiterbildungen insbesondere für Lehrer*innen, Polizist*innen,
68 Jugendarbeiter*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen an
69 Hochschulen und in den Medien im Bereich Antisemitismus als zentrale Punkte.

70 Antisemitismus erfassen und bekämpfen

71 Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Er besteht in allen
72 gesellschaftlichen Bereichen, wie uns die Übergriffe auf Jüd*innen in den
73 vergangenen Monaten und Jahren verdeutlichen. Der Anstieg antisemitischer Gewalt
74 in Deutschland bereitet uns große Sorge.

75 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stellen sich entschieden gegen
76 antisemitisches Denken und Handeln. Wir zeigen uns solidarisch mit Opfern
77 antisemitischer Gewalt.

78 Um die Antisemitismusprävention voranzutreiben, setzen wir uns für die
79 Mitbestimmung von Jüd*innen bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus
80 ein. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, Jüd*innen, Wissenschaftler*innen
81 der Judaistik und jüdische Institutionen in politische Verhandlungen und
82 zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung einsetzen und
83 Rassismus und Antisemitismus bekämpfen, mit einzubeziehen.

84 Zur besseren Dokumentation der Situation antisemitischer Straf- und Gewalttaten
85 in Sachsen-Anhalt fordern wir die Landesregierung dazu auf, den

- 86 Verfassungsschutzbericht um ein Kapitel zum Antisemitismus und seinen
87 Erscheinungsformen in allen Phänomenbereichen zu erweitern.
- 88 Jiddische Sprache als Minderheitensprache anerkennen
- 89 Der Schlüssel zur jüdischen Kultur und Geschichte in Deutschland ist die
90 jiddische Sprache; eine Sprache, die eng mit dem Deutschen verwandt ist. Sie ist
91 zudem der Schlüssel zur jüdischen Kultur in unseren osteuropäischen
92 Nachbarländern. So bietet sich hier die Möglichkeit zu einem engeren
93 Zusammenwachsen der Mitgliedsstaaten der EU durch das gemeinsame jüdische Erbe.
- 94 Bedeutendes Kulturerbe in ganz Europa ist in jiddischer Sprache verfasst, so zum
95 Beispiel die erste Autobiografie einer Frau in Deutschland und eine Vielzahl
96 historischer Akten. Kultur und Sprache sind in der jüdischen Kultur stark
97 miteinander verbunden. Jiddischsprachiges Kulturgut und auch die Sprache selbst
98 sind wichtiger Bestandteil unserer Kulturgeschichte. Wir haben die historische
99 Verantwortung diese zu bewahren.
- 100 Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, welche 1999 in
101 Deutschland in Kraft trat, nennt auch das Jiddische als europäische
102 Minderheitensprache. Anerkannt ist Jiddisch in folgenden EU-Staaten: Bosnien und
103 Herzegowina, Niederlande, Polen, Rumänien und Schweden. Auffällig sind dabei die
104 Situationen der Niederlande und Schwedens. Diese Staaten haben Jiddisch als
105 Minderheitensprache anerkannt, nicht weil sie über die dafür notwendige
106 jiddischsprachige Bevölkerung verfügen würden, sondern weil sie in diesem
107 besonderen Fall sich ihrer historischen Verantwortung stellen. Im Gedenken an
108 die Millionen Menschen, die dem Holocaust zum Opfer gefallen sind, als Zeichen
109 gegen Antisemitismus und für Vielfalt und um Verantwortung für die eigene
110 Geschichte zu übernehmen sollte die Bundesrepublik für diesen gesonderten Fall
111 Jiddisch als geschützte Minderheitensprache anerkennen.
- 112 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt unterstützen Bestrebungen, Jiddisch als
113 Zeichen des Respekts auch in Deutschland als anerkannte Minderheitensprache
114 anzuerkennen.
- 115 Jüdische Gemeinden unterstützen
- 116 In Verantwortung vor der deutschen Geschichte, die durch die Verfolgung und
117 Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft mitgeprägt
118 ist; in Kenntnis der Maßnahmen offener oder verdeckter Gewalt in der Zeit
119 kommunistischer Gewaltherrschaft; in dem Bewusstsein des großen Verlustes, den
120 das Land Sachsen-Anhalt durch die Vernichtung jüdischen Lebens und jüdischer
121 Kultur erlitten hat sowie in dem Wunsch, der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-
122 Anhalt den Wiederaufbau eines Gemeindelebens zu erleichtern; haben die Jüdische
123 Gemeinschaft und das Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt einen Staatsvertrag
124 geschlossen.
- 125 Innerhalb des Staatsvertrags garantiert das Land Sachsen-Anhalt die
126 uneingeschränkte Freiheit des jüdischen Glaubens und gewährt der
127 Religionsausübung den gesetzlichen Schutz. Die Jüdischen Kultusgemeinden im Land
128 und der Landesverband ordnen und verwalten entsprechend der jüdischen
129 Traditionen und Gesetze innerhalb der für alle Bürger*innen des Landes geltenden
130 gesetzlichen Rahmens, ihre Angelegenheiten selbstständig.
- 131
- 132 Während der Novemberpogrome des Jahres 1938 wurde in der ehemaligen Großen

133 Schulstraße in Magdeburg die Synagoge der damaligen jüdischen Gemeinde zerstört.
134 Seit vielen Jahren bemühen sich die Rechtsnachfolger, die Synagogengemeinde
135 Magdeburg K.d.ö.R sowie der Förderverein „Neue Synagoge Magdeburg“ e.V. um einen
136 Synagogenneubau, der für die bestehende Gemeinde eine Ausübung der religiösen
137 Rituale und Traditionen erlaubt.
138
139 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt bekennen sich dazu, dieses Vorhaben zu
140 unterstützen und durch den Neubau einer Synagoge in der Landeshauptstadt
141 Magdeburg dafür Sorge zu tragen, sowohl orthodoxen als auch reformjüdischen
142 Jüd*innen einen geschützten Ort für ihre individuellen religiösen Praxen zu
143 geben.
144
145 Auch in Dessau soll jüdisches Leben wieder erstehen können und einen würdigen
146 Ort erhalten. Die Jüdische Gemeinde zu Dessau K.d.ö.R. hat im Jahr 2015 von der
147 Kurt-Weill- Gesellschaft e.V. einen Synagogen-Entwurf gestiftet bekommen, dessen
148 verkleinerte Überarbeitung zur Realisierung vorgesehen ist. BÜNDNIS 90/DIE
149 GRÜNEN Sachsen-Anhalt begrüßen die Aktivitäten zur Wiedereinrichtung einer
150 Synagoge in Dessau-Roßlau und werden diese positiv begleiten.

151 Die Museumssynagoge Gröbzig sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt als einen
152 wichtigen und authentischen Ort jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt, der Zugang
153 und Einsicht in die jüdischen Traditionen, kulturellen Praxen und den jüdischen
154 Glauben gibt. Die Bespielung des einzigartigen Ortes mit unterschiedlichen
155 Formaten und Ausstellungsgegenständen, die Menschen unterschiedlichen Alters,
156 Nationalität und Bildungsstands vielfältige Einblicke in das Leben und eine
157 Auseinandersetzung mit der Geschichte von Jüd*innen in Sachsen-Anhalt
158 ermöglichen, erachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt für essentiell.

159 Die Fortführung und Weiterentwicklung der Museumssynagoge in Gröbzig, auch unter
160 der Prämisse eines regen Austauschs zwischen allen Jüdischen Vertretungen im
161 Land, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt in diesem Zusammenhang als
162 wichtig. Ebenso erachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt eine
163 professionelle fachliche Leitung der Museumssynagoge Gröbzig, welche über die
164 Vernetzung Jüdischer Vertretungen innerhalb des Landes hinaus auch bundesweites
165 und internationales Interesse und Engagement zeigt, für eine positive
166 Entwicklung des kulturhistorischen Museums als wesentlich.

Begründung

erfolgt mündlich

A-6-Neu Landwirtschaft neu erfinden!

Gremium: Grüne Jugend, Landesfachgruppe Landwirtschaft
Beschlussdatum: 14.06.2018
Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

- 1 Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Menschheit.
- 2 Gerade hier in Sachsen-Anhalt hat sie eine große Bedeutung.
- 3 Über die Hälfte der gesamten Fläche Sachsens-Anhalts wird dank sehr fruchtbarer
- 4 Böden landwirtschaftlich genutzt, davon ca. 95% nicht-ökologisch.
- 5 Trotzdem beschäftigt die Landwirtschaft nur etwa 2,5% der Erwerbstätigen. Das
- 6 ergibt ca. eine Person pro 50 Hektar. Der Trend geht bundesweit zu immer weniger
- 7 und größeren Betrieben.
- 8 Dabei sind diese hier im Durchschnitt schon 4,5 mal so groß wie im
- 9 Bundesdurchschnitt.
- 10 Die wirtschaftlichen Erträge unserer Böden landen also in den Händen von wenigen
- 11 Menschen, während sich die Folgen der industriellen Landwirtschaft durch das
- 12 Auslaugen der Böden, die Verschmutzung der Gewässer und durch die Bedrohung der
- 13 Artenvielfalt bemerkbar machen und uns alle angehen.
- 14 Wir stellen uns gegen diese ungerechte Nutzung und langfristige Zerstörung
- 15 unserer Lebensgrundlagen und fordern die Förderung einer kleinteiligen
- 16 ökologischen Landwirtschaft. Einem Höfesterben muss mit der Erhaltung und
- 17 Übernahme alter Betriebe, aber auch durch die Gründung neuer
- 18 landwirtschaftlicher Betriebe entgegengewirkt werden.
- 19 Die direkte finanzielle Förderung ist ein wichtiges Instrument um neuen
- 20 Landwirt*innen einen Start zu ermöglichen. Wir begrüßen die schon angelaufenen
- 21 Maßnahmen wie die Jungbauernprämie, fordern aber, diese weiter auszubauen,
- 22 insbesondere für Gründungen in der ökologischen Landwirtschaft.
- 23 Dazu gehört auch die Ermöglichung der Ausbildung und Forschung in der
- 24 ökologischen Landwirtschaft. Die Berufsschulen, die Fachhochschulen und die
- 25 Universitäten sollen ihre Lehrpläne um den Ökolandbau erweitern, um das Wissen
- 26 in dem Bereich praktisch nutzbar zu machen. Zusätzlich soll eine Professur für
- 27 ökologische Landwirtschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und
- 28 langfristig ein eigenes Forschungszentrum entstehen, da hier trotz vorhandenem
- 29 Wissen noch Forschungsbedarf besteht.
- 30 Außerdem wollen wir, dass Boden nicht weiter zum Spekulationsobjekt wird,
- 31 deshalb sollen junge Landwirt*innen ein Vorkaufsrecht auf Agrarflächen erhalten
- 32 und der Verkauf von Flächen an nicht-landwirtschaftliche Unternehmen soll
- 33 eingeschränkt werden.
- 34 Auch die, der Landwirtschaft nachgeordnete, lebensmittelverarbeitende Industrie
- 35 wird von Großbetrieben dominiert. Das liegt unter anderem daran, dass
- 36 gesetzliche Bestimmungen (z.B. Hygienevorschriften) an die Anforderungen und
- 37 wirtschaftlichen Möglichkeiten von Großbetrieben angepasst sind. So wird das
- 38 nötige Startkapital für Neugründungen in die Höhe getrieben, was effektiv die
- 39 Gründung kleiner Betriebe verhindert.

40 Eine weitere Möglichkeit zur Stärkung kleiner Betriebe sehen wir in der
41 solidarischen Landwirtschaft. Durch die garantierte Abnahme bestimmter Mengen an
42 produzierten Lebensmitteln besteht für die Betriebe Planungssicherheit und die
43 Verbraucher*innen erhalten Einblicke in die Produktionsweisen und wissen, dass
44 ihre Lebensmittel regional produziert werden, also keine langen Transportwege
45 hinter sich haben. Wir wollen deshalb mehr Menschen die Möglichkeit geben, an
46 solchen Projekten teilzuhaben und regen zur Entwicklung einer Plattform an, auf
47 der sich Verbraucher*innen und Landwirt*innen finden können. So können die
48 Landwirt*innen in gewissem Maß von den Marktzwängen befreit werden.

49 Gesellschaftliche Initiativen zur Förderung einer solchen progressiven
50 Landwirtschaft wollen wir unterstützen und zivilgesellschaftliches Engagement in
51 dieser Richtung ermöglichen und politisch fördern.

52 Wir wollen nicht zurück zur (ebenfalls kleinbäuerlichen) Landwirtschaft von vor
53 100 Jahren, sondern den Weg bereiten für eine moderne, sozial und ökologisch
54 nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft.

A-7 Format „Grüner Tag“ etablieren

Antragsteller*in: Grit Michelmann, Jan Döring, Max Schirmer (alle SV Halle)

Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

- 1 Das offene Veranstaltungsformat „Grüner Tag“ wird zukünftig einmal im Jahr vom
- 2 Landesverband angeboten.

Begründung

Am 26.05. dieses Jahres fand das erste Mal in unserem Landesverband das offene Format „Grüner Tag“ statt und war ein echter Erfolg. In sehr angenehmer Atmosphäre konnten Grüne und Nicht-Grüne zu einer Vielfalt von Themen ins Gespräch kommen und so auch in Arbeitsfelder Einblick bekommen, die man im politischen Alltag sonst nicht „schafft“. So war die Eröffnungsdiskussion genauso wichtig und interessant wie die verschiedenen Workshops, Stände und auch Gespräche zwischendurch. Genau dieses Format ermöglicht aus unserer Sicht eine Vernetzung die bei vielen Teilnehmerinnen zu „neuen“ Aktivitäten vor Ort führen wird.

Auf einem klassischen Parteitag ist diese Form des Austauschs nicht möglich und deshalb wünschen wir uns auch für die nächsten Jahre einen Tag an dem alle verschiedenen Akteurinnen rund ums grün-politische Arbeiten eine Mitarbeit anbieten können. Dies ist aus unserer Sicht eine tolle Gelegenheit für die „grüne Familie“ sich aus zu tauschen, sich gegenseitig zu inspirieren und weiter zu wachsen.

B-1 Bewerbung als Landesschatzmeisterin

Antragsteller*in: Katja Wolke (KV Magdeburg)
Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Frauen, Inter/Diverse und Männer

2 Mein Name ist Katja Wolke. Ich bin 39 Jahre alt und Landesbeamtin in der
3 Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord. Ich bin Mutter eines 8 Jahre alten Sohnes
4 und wohne in Magdeburg/Ottersleben.

5 Ich bin gelernte Verkäuferin, habe einen Fachhochschulabschluss als Diplom
6 Wirtschaftsjuristin mit Ausrichtung auf Banken- und Versicherungswesen und habe
7 ca. 9 Jahre als Kriminalbeamtin im Bereich Wirtschaftskriminalität, Betrug und
8 Internetbetrug in der Polizeidirektion Nord gearbeitet. Aktuell bin ich im
9 Innendienst im Bereich Beschaffung.

10 Meine Arbeit in der Partei

11 Mit der Idee von Olga Wollmann sowie der Motivation von Conny Lüddemann habe ich
12 die Landesfachgruppe Frauen in diesem Jahr wieder aufgebaut.
13 Inzwischen sind wir ca. 10 aktive Frauen jeglichen Alters mit einer Menge
14 Energie und Lust an Veränderung. Im Schnitt findet alle 6 Wochen ein Treffen
15 statt. Wir werden uns in diesem Jahr hauptsächlich dem feministischen Teil der
16 Kommunalwahlprogramme widmen. Ein Ziel der LFG Frauen Sachsen-Anhalt soll es
17 sein, mehr Frauen in die Kommunalpolitik, aber auch die Gremien der Partei zu
18 bekommen.

19 Es war mir in den letzten (knapp) zwei Jahren eine Wohltat, mit meiner LschG-
20 Vorsitzenden Ulrike von Thadden, Peter Osten, sowie Beate Thoman als Beisitzerin
21 im Landesschiedsgericht mitzuwirken. Ausscheiden musste ich aufgrund meiner
22 Sprecherinnenrolle bei der LFG Frauen.

23 Weiterhin bin ich Beisitzerin im KV Magdeburg. Meine Themen dort sind
24 Gleichstellung, Demokratie und Recht sowie das Grundsatzprogramm.
25 Ich bin durch meine Sprecherinnenrolle der LFG Frauen automatisch Delegierte zum
26 Landesfrauenrat.

27 Ich bin durchsetzungsstark, kontrolliert und ja, auch geizig. Ich habe einen
28 ausgeprägten Sinn für (Geschlechter)-Gerechtigkeit, regenerierbare Energien,
29 ökologischen Landbau und gutes Essen.

30 Nach Gesprächen mit unserem bisherigem Landesschatzmeister und meiner
31 beruflichen und akademischen Vorbildung fühle ich mich in die Lage versetzt,
32 mich in das Amt der Landesschatzmeisterin einzuarbeiten um es bald voll
33 auszufüllen.

34 Deshalb liebe Frauen, Inter/Diverse und Männer, bitte ich euch herzlich um eure
35 Stimme zur Landesschatzmeisterin.

36 Eure Katja

B-2 Bewerbung als Landesvorsitzende auf den Offenen Platz

Antragsteller*in: Britta-Heide Garben (KV Börde)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Der gesellschaftliche Rechtsruck der letzten Jahre hat unser Land zum
3 Schlechteren verändert. Die katastrophale Erwärmung des Weltklimas geht
4 ungebrems voran. Demgegenüber stehen ständig neue Ausbaurekorde der
5 Erneuerbaren Energien oder konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserem
6 Bundesland nach Jahren der Stagnation im Zeichen des besinnungslosen Sparens.

7 In diesen widersprüchlichen Zeiten ändert sich die politische Landschaft weiter
8 und versuchen sich manche daran, dass Rad des Fortschritts zurückzudrehen.
9 Deswegen braucht es starke, mutige, selbstbewusste und gestaltungswillige Grüne
10 jetzt umso mehr. Es braucht uns, um uns einmal mehr für die Schwachen, die
11 Benachteiligten, die Zukünftigen in den stärker werdenden Gegenwind zu werfen
12 und für eine bessere Welt zu streiten.

13 Positive Nachrichten müssen wir mit GRÜNEN Zukunftsthemen erreichen, indem wir:

- 14 • klassische Umweltthemen in das benachbarte Thema Landwirtschaft
15 integrieren
- 16 • die Unterschiede zwischen Stadt und Land mit einer Revitalisierung der
17 grundgesetzlichen Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen
18 stärker einebnen, beispielsweise indem wir die Digitalisierung als
19 Grundversorgung entschieden vorantreiben oder die ärztliche Versorgung
20 ländlicher Räume ebenso deutlich verbessern wie wir die Mobilität für Alle
21 oder besseren Schulen garantieren wollen
- 22 • den Flächenvorteil in Sachsen-Anhalt für die umweltverträglichere Gewinnung
23 Erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne und Biomassen nutzen und so den
24 Kohleausstieg nicht nur endlich erreichbar machen, sondern auch noch davon
25 profitieren
- 26 • neue Impulse für die öffentliche Daseinsvorsorge im Sinne eines „GreenNew-
27 Deals“ für Sachsen-Anhalt schaffen
- 28 • die Frauenförderung wieder zentraler ins Bewusstsein rücken
- 29 • den alten und neuen Menschenfeinden, Nazis und ihren Mitläufern im Land
30 noch viel entschiedener die rote Karte zeigen
- 31 • noch Vieles mehr machen, denn Leben bedeutet handeln.

32 Dafür brauchen wir Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt einen strukturellen,
33 thematischen und personellen Erneuerungsprozess. Denn unsere letzten
34 Wahlergebnisse zeigen, dass wir nicht immer so handlungsstark sind, wie wir es
35 sein müssten. Ein ‚Weiter wie bisher‘ kann trotz gestiegener Mitgliederzahlen
36 keine Lösung sein, wenn wir das gemeinsame Engagement in Erfolge und Veränderung
37 verwandeln wollen. Gemeinsam mit euch möchte ich vor dem Hintergrund der

38 Grundsatzprogrammdiskussion unserer gesamten Partei darüber diskutieren und
39 experimentieren wie moderne Parteiarbeit aussehen kann, die sich nicht in
40 bürokratischer Selbstverwaltung erschöpft.

41 Denn ich habe in den letzten Jahren als Beisitzerin im Landesvorstand gesehen,
42 wie schnell sich diese Tendenz ihre lähmende Bahn brechen kann. Mit dieser
43 Bilanz können wir nicht zufrieden sein. Aber Selbstkritik darf nicht in Verzagen
44 enden, sondern muss von uns in neuen Mut, in das Ausprobieren neuer Wege
45 umgewandelt werden.

46 Als Beisitzerin habe ich mir außerdem das Aufgabenfeld des Fundraisings
47 erarbeitet und kann seit einem halben Jahr Erfolge vorweisen. Dies zeigt mir
48 überdeutlich, dass es auf den Willen zur Veränderung ankommt. Aus Abwarten,
49 Zurückhaltung und Zögern erwächst keine Veränderung. Für die müssen wir streiten
50 – überzeugt, motiviert und kreativ.

51 Dafür müssen wir unsere Streiter*innen an vorderster Front – im Umwelt- und
52 Landwirtschaftsministerium, in der Landtagsfraktion, im Bundestag, im
53 Europaparlament, in den Kommunen – unterstützen und anfeuern. Aber auch
54 Eigenständigkeit als Landespartei leben und demonstrieren, denn wir sind mehr
55 als nur das fünfjährige Wahlanhängsel unserer Landtagsfraktion

56 Mein Angebot ist, dass ich von unten erzähle, was den Menschen vor Ort wichtig
57 ist, dass ich andere Wege gehe und neue Fragen stelle. Ich möchte in die Partei
58 hinein arbeiten und Strukturen aufbauen, um die politischen Ebenen unseres
59 Landes stärker zu vernetzen und so unsere Politik aus „einem Guss“ zu
60 entwickeln.

61 Ich will unsere Handlungsfähigkeit und Schlagkraft erhöhen, durch gutes Teamwork
62 im Landesvorstand und mit der Landesgeschäftsstelle ebenso wie durch eine
63 Fundraising-Strategie, die zukünftig in unserem politischen Tagesgeschäft immer
64 mitgedacht werden muss. Nur so können wir als kleine Partei unsere Vorschläge
65 breit kommunizieren.

66 Mein Angebot ist, unserem Grünen Verständnis als Partei aus der linksliberalen
67 Mitte vieler progressiver Bewegungen Rechnung tragen und für
68 zivilgesellschaftlich Handelnde, die unsere Ziele teilen, eine Ansprechpartnerin
69 zu sein, um so Bewegung und Weiterentwicklung zu fördern. Daher nun mein Angebot
70 an euch, meine Erfahrung, meine Motivation und meine Kraft noch stärker für
71 unsere gemeinsame Sache einzubringen und als zweite Vorsitzende auch symbolisch
72 für einen neuen Aufbruch zu sorgen.

73 Lasst uns zusammen eine Geschichte für unser Land schreiben, die wir später alle
74 gern erzählen!

75 Hiermit bitte ich Euch herzlich, mein Angebot anzunehmen.

76 Eure Britta

B-3 Bewerbung als Beisitzerin für den Landesvorstand

Antragsteller*in: Miriam Matz (KV Saalekreis)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
- 2 in den letzten zwei Jahren ist viel passiert. Wir regieren in der
3 ersten Kenia-Koalition in Deutschland. Das ist nicht immer
4 einfach. Trotz vieler Konflikte haben wir zahlreiche Grüne
5 Erfolge zu vermelden. Diese müssen wir gut kommunizieren –
6 nach außen und nach innen. Auch die Diskussion um das neue
7 Grundsatzprogramm sollte uns antreiben, in Sachsen-Anhalt eine
8 Vielzahl von Themen zu debattieren und Ideen auszutauschen.
9 Dabei müssen wir uns unserer Wurzeln bewusst sein: unsere
10 Partei begründet sich auf der Umwelt-, Bürgerrechts- und
11 Frauenbewegung. Dieses Markenzeichen sollte bei aller
12 Themenvielfalt sichtbar bleiben.
- 13 Wir verdeutlichen, dass nicht mehr viel Zeit bleibt, um die
14 Klimakatastrophe aufzuhalten und unseren Planeten zu schützen.
15 Wir verdeutlichen, dass wir ein liberal-demokratisches, offenes
16 Land, in dem Minderheiten geschützt werden, befürworten und
17 wir diejenigen sind, die sich für Bürgerrechte stark machen.
18 Wir vertreten ein modernes Frauen- und Gesellschaftsbild. Wir
19 sind die, die handeln, statt nur zu reden. Die, die Zeichen setzen
20 und Haltung bewahren in einer Zeit, in der dies dringend nötig
21 ist und die, die Welt jeden Tag ein Stückchen besser machen. Wir
22 sind die Partei, die gestalten will und kann. Das müssen wir
23 selbstbewusst nach außen tragen.
- 24 Ich möchte dazu beitragen, unsere Erfolge und Ideen in den
25 Kreisverbänden zu verbreiten und Ideen aus den Kreisverbänden
26 und Landesfachgruppen in den Landesvorstand mitnehmen.
27 Ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen, eine Grüne
28 Vision von Sachsen-Anhalt in der Zukunft zu entwickeln. Zu
29 dieser Vision, aber auch zur Vorbereitung zu anstehenden Wahlen
30 möchte ich als Beisitzerin im Landesvorstand beitragen und
31 Verantwortung übernehmen.
- 32 Erfahrungen konnte ich bereits im Kreisvorstand im Saalekreis
33 und als Kandidatin der vergangenen Landtags- und
34 Bundestagswahl gewinnen.
- 35 Ich würde mich über euer Vertrauen und eure Stimme freuen.
- 36 Eure Miriam

B-4 Bewerbung als Landesvorsitzende

Antragsteller*in: Susan Sziborra-Seidlitz (KV Harz)
Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freude,

2 zwei Jahre durfte ich nun eure Vorsitzende sein. Zwei Jahre, in denen sich für
3 uns als Partei Einiges bewegt hat und in denen wir Einiges bewegt haben,
4 anstrengende und erfüllende Jahre.

5 Ich habe viele von Euch persönlich getroffen und kennen lernen dürfen und bin
6 froh um die Erfahrung, dass wir immer eine dynamische Partei sind, in der viele
7 Menschen an vielen Orten in Sachsen-Anhalt mit ganz unterschiedlichen
8 Erfahrungen und Ansätzen und großartigen Ideen Politik gestalten. Das macht das
9 Land besser und es macht Spaß mit Euch!

10 Ich bin dankbar für euer Vertrauen in dieser Zeit und dankbar für jede Kritik,
11 die uns hilft, gemeinsam BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Land voranzubringen.
12 Und das Land voranzubringen.

13 Eine Partei in Regierungsverantwortung unterliegt anderen Dynamiken, als eine
14 Partei in der Opposition. Ich muss zugeben, dass ich mir vor zwei Jahren die
15 Arbeit mit unseren Koalitionspartnern einfacher vorgestellt habe. Der dadurch
16 umso notwendiger Schulterschluss zwischen den drei GRÜNEN Akteur*innen (Partei,
17 Fraktion und Ministerin) ist uns in den vergangenen zwei Jahren gut gelungen.
18 Auch schwierige Situationen haben wir gemeinsam gemeistert und sind als Partei
19 insgesamt mit einer besonderen Geschlossenheit aufgetreten. Ich nehme aber auch
20 wahr, dass wir uns mehr Raum für interne Diskussionsprozesse nehmen müssen. Mir
21 ist sehr wichtig, dass wir auf allen Ebenen der Partei zentrale
22 Weichenstellungen gemeinsam gestalten. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass es
23 uns als Partei noch besser gelingt, eigene inhaltliche Impulse zu setzen. Das
24 wird notwendig sein, um vor allem in Hinblick auf die anstehenden Wahljahre an
25 Profil zu gewinnen.

26 Wir haben viel vor uns in den nächsten Jahren. Die Kommunalwahl 2019 wird ein
27 wichtiger Meilenstein sein. Es muss uns gelingen weiterhin möglichst überall im
28 Land in den kommunalen Parlamenten vertreten zu sein, weil GRÜNE Kommunalas und
29 Kommunalos vor Ort unser Gesicht sind. Sie sind diejenigen, die den Kontakt zu
30 den Menschen in den Städten und Dörfern herstellen und die für unsere Themen vor
31 Ort streiten. Und es wird eine Wahl sein zwischen verschiedenen Haltungen –
32 einer Haltung der Offenheit und des Respekts, oder einer der Ausgrenzung. Ein
33 starkes Ergebnis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt ein Zeichen gegen
34 Rechtspopulisten und Rechtsextreme, die in die Kommunalparlamente drängen.
35 Deswegen freue ich mich, wenn wir die Kommunalwahl als gemeinsame Aufgabe
36 begreifen und sie gemeinsam und solidarisch angehen. Einen Schritt dazu werden
37 wir mit dem gemeinsam zu erstellenden Leitantrag zum Herbst-LDR gehen.

38 Auch das Superwahljahr 2021 ist viel näher, als es erscheint. In der
39 Bundestagswahl werden wir für ein starkes GRÜNES Ergebnis kämpfen, damit
40 Sachsen-Anhalt weiterhin eine starke GRÜNE Stimme in Berlin hat. Der nun zu
41 wählende Landesvorstand wird vor allem die Weichen für die nächste Landtagswahl
42 stellen. Er trägt die Verantwortung für das politische Profil, die inhaltliche

43 und personelle Aufstellung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt. Es wird
44 um viel gehen bei dieser Landtagswahl. Wie viele Menschen wir von unseren
45 Politikangeboten überzeugen können entscheidet für uns über den Wiedereinzug und
46 die Gestaltungsoption im Landtag. Für das Land Sachsen-Anhalt entscheidet sich
47 daran die Frage, ob Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Umweltschutz und ökologische
48 Landwirtschaft, die liberale offene Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit
49 weiterhin eine starke Stimme im Landtag haben. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.
50 Engagiert und mit Freude.

51 Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte gern weiter als eure Landesvorsitzende
52 diesen Prozess gemeinsam mit euch gestalten und freue mich, wenn ihr mir dafür
53 weiterhin euer Vertrauen schenkt.

54 Viele von Euch wissen, dass unser Abgeordneter Wolfgang Aldag sich in Halle als
55 Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt bewirbt. Wenn er gewählt wird,
56 werde ich als Nachrückerin sein Landtagsmandat übernehmen.

57 Ich bin in den letzten Wochen von Einigen gefragt worden, ob das Auswirkungen
58 auf meine Kandidatur als Landesvorsitzende hätte.

59 Ich weiß um das Ringen der GRÜNEN bezüglich des Verhältnisses von Ämtern und
60 Mandaten und finde diese Frage deswegen angebracht. Ich werde auch im Falle
61 eines Nachrückens als Landesvorsitzende kandidieren.

62 Ich glaube, dass in den nächsten beiden Jahren auch Kontinuität in der Arbeit
63 des Landesvorstandes wichtig sein wird. Diese möchte ich bieten und alle
64 Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre einbringen.

65 In Regierungszeiten ist eine besonders enge Abstimmung zwischen der
66 Parteispitze, der Fraktion und der an der Regierung beteiligten Ministerin
67 notwendig. Das ist bisher gut gelungen, aber es kann immer noch besser werden.
68 Auch dafür möchte ich stehen.

69 Ich stehe euch gern für Fragen, Anregungen und Anmerkungen zur Verfügung und
70 freue mich auf eine gemeinsame arbeitsreiche Zeit.

71 Herzliche Grüße

72 Eure Susan

B-5 Bewerbung als Vorsitzende des Landesschiedsgerichts von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller*in: Ulrike Von Thadden

Tagesordnungspunkt: 11. Wahlen zum Landesschiedsgericht

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
- 2 als Vorsitzende des Landesschiedsgerichts bin ich den Beisitzern gleichgestellt,
- 3 der einzige Unterschied ist, dass die vorbereitende Organisation und die
- 4 Durchführung der Schiedsverfahren in meinen Händen liegt. Die vergangenen zwei
- 5 Jahre haben gezeigt, dass ich dies zuverlässig und gewissenhaft zu leisten in
- 6 der Lage bin.
- 7 Die Überarbeitung unserer SchiedsO aus dem Jahr 1993 haben ich und die Beisitzer
- 8 im letzten Jahr angefangen und entsprechende Änderungen wurden vorgenommen.
- 9 Dennoch ist die bisherige Fassung noch in einigen Teilen überholt und/oder
- 10 unvollständig.
- 11 Den Prozess, eine an die heutigen Gegebenheiten angepasste SchiedsO zu
- 12 erarbeiten, möchte ich gerne fortsetzen und bitte um euer Vertrauen für die
- 13 nächsten zwei Jahre.
- 14 Zerbst/Anhalt, 24.Mai 2018
- 15 Ulrike Von Thadden

B-6 Bewerbung für das Landesschiedsgericht

Antragsteller*in: Peter Osten

Tagesordnungspunkt: 11. Wahlen zum Landesschiedsgericht

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Ich bin seit 18. Juni 2016 Mitglied des Landesschiedsgerichts von B90/Die Grünen
3 Sachsen-Anhalt und kandidiere gerne wieder für dieses Amt.

4 Zu meiner Person: Ich wurde am 7. August 1945 in Wernigerode/Harz geboren und
5 bin Mitglied von B90/Die Grünen im KV Harz seit Ende 2009. Ich habe zwei
6 erwachsene Söhne und drei Enkel.

7 Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen (Dezember 1974, Baden- Württemberg)
8 war ich zunächst in der Landesverwaltung Baden-Württemberg (Landratsamt Neckar-
9 Odenwald-Kreis, Regierungspräsidium Karlsruhe) tätig. 1976/77 war ich beurlaubt
10 zu einem 13-monatigen Studium an der École Nationale d'Administration - E.N.A. -
11 in Paris. Von 1979 bis 2009 war ich Verwaltungsrichter überwiegend am
12 Verwaltungsgericht Karlsruhe und am Verwaltungsgerichtshof Mannheim, 1992/93
13 auch am VG Halle/Saale. Ich habe eine Ausbildung zum Mediator und war ab 2006
14 bis zu meinem Ruhestand (1. Januar 2010) Gerichtsmediator des
15 Verwaltungsgerichts Karlsruhe.

16 Mit herzlichen Grüßen

17 Peter Osten

B-7 Bewerbung als Beisitzerin im Landesschiedsgericht

Antragsteller*in: Beate Thomann

Tagesordnungspunkt: 11. Wahlen zum Landesschiedsgericht

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
- 2 Hiermit bewerbe ich mich um einen Platz als Beisitzerin im Landesschiedsgericht.
- 3 Begründung: Frau soll die JuristInnen nicht alleine lassen, bei ihnen zu lernen
- 4 macht Spaß
- 5 Zur Person:
- 6 Ich bin 66 , (.....)
- 7 Mitglied der Grünen Partei ab Februar 1990
- 8 LaVo-Sprecherin ab September 1991
- 9 1993-1994 erste LaVo- Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen
- 10 1994-1998 Landtagsabgeordnete
- 11 danach mehr oder weniger aktives Basismitglied
- 12 seit 2016 Beisitzerin im Landesschiedsgericht
- 13 2.6.2018 Beate Thomann

B-8 Bewerbung für den Landesvorstand Christof Rupf

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
2 in der Politik werden viel mehr Gefühle verhandelt, als kluge Argumente.
3 Menschen entscheiden „aus dem Bauch heraus“, für oder gegen wen und was sie
4 sind. Gefühlt bin ich GRÜN seit meiner Jugend in den 80iger Jahren, formell seit
5 2009.
- 6 Von vielen alten Freund*innen höre ich, sie haben grün ohne jede Lust gewählt,
7 weil alle anderen noch schlimmer sind als wir. Da läuft was schief, oder?
- 8 Jegliche Begrenzung und Regulierung unserer Freiheit lehnen wir instinktiv ab.
9 Beschränkungen machen keinen Spaß. Förderungen und Hilfen werden viel lieber
10 angenommen, zumindest wenn sie nicht mit Bürokratie vergiftet sind.
- 11 Wir müssen wieder visionärer werden und den Leuten beschreiben, wie gut es ihnen
12 mit grüner Politik gehen kann.
- 13 Zum Beispiel bedingungsloses Grundeinkommen. Wie würde „ich“ leben, wenn „ich“
14 von der Angst um mein Auskommen frei wäre? Wenn das BGE vielen Menschen Hoffnung
15 gibt, wird die revolutionäre Idee stärker als alle Widerstände.
- 16 Also lasst uns über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus blicken und und offen
17 sagen, dass wir das Leben genießen wollen, in Freiheit, gesunder Umwelt und im
18 Einklang mit allen anderen Menschen auf dieser Welt. Dafür ist mir kein Aufwand
19 zu hoch. Und deswegen möchte ich mich im Landesvorstand einbringen. Das GRÜN in
20 meinem Herzen ist weit mehr als Umweltschutz, es ist Lust auf grünes Leben.
- 21 Meine langjährige kommunalpolitische Erfahrung im ländlich-konservativen Umfeld
22 hat mich gelehrt: Wenn wir die Themen der Bevölkerung entschlossen aufgreifen,
23 erreichen wir auch Menschen jenseits des grünen Eigenbetriebs. Das ist eine
24 strategische Kernaufgabe für den Ausbau unserer politischen Bedeutung im Land.
- 25 Christof Rupf

B-9 Bewerbung als Beisitzer im Landesvorstand Ralf Bohlander

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 als ich 2016 den Grünen beitrat, geschah das im Schock über die Landtagswahl und
3 das Abschneiden der AfD. Damals stand für mich fest, dass ich etwas machen will.
4 Etwas gegen den Rechtsruck in meinem Land, etwas gegen die Spaltung der
5 Gesellschaft, etwas gegen soziale Ungerechtigkeit und für mehr bürgerliche
6 Freiheiten.

7 Bereits kurz nach meinem Eintritt wurde ich Mitglied in der Landesfachgruppe
8 „Soziales, Gesundheit und Arbeitsmarkt.“ Hier befasste ich mich mit Themen wie
9 „Pflege im Quartier“, frühkindliche Förderung oder dem Bedingungslosen
10 Grundeinkommen. Letzteres wurde mein persönliches Steckenpferd. Derzeit arbeite
11 ich mit Mitgliedern von Demokratie in Bewegung, Bündnis Grundeinkommen, Bund der
12 katholischen Jugend und den Piraten am Aufbau des „Netzwerk Grundeinkommen
13 Sachsen-Anhalt.“ Es handelt sich um ein überparteiliches Kooperationsnetzwerk
14 von Menschen, denen das Thema am Herzen liegt, dass Ressourcen bündeln und
15 Reichweite generieren soll.

16 Meine Überzeugung ist, dass eine nachhaltige Umweltpolitik nur dann möglich ist,
17 wenn sie von einer guten Sozialpolitik flankiert wird. Umweltpolitische Ziele
18 lassen sich auf Dauer nur durchsetzen, wenn die Menschen im Land sie sich
19 leisten können. Wenn die Stimmung geprägt ist von Verlustängsten, wird es keine
20 Mehrheiten für eine nachhaltige Politik geben. Auch im Hinblick auf das
21 entstehende Grundsatzprogramm der Grünen im Bund möchte ich unseren
22 Landesverband unterstützen, unser politisches Profil zu schärfen. Ich möchte
23 helfen, unseren Wählerinnen und Wählern ein klares Angebot zu machen, was sie
24 von uns als Partei erwarten können, wenn sie uns ihre Stimme und damit ihr
25 Vertrauen schenken. Hierzu gehört für mich auch ein stimmiges Konzept, was grüne
26 Politik bedeutet.

27 Durch meine Tätigkeit als pädagogischer Mitarbeiter habe ich gelernt, Meinungen
28 und Positionen zu moderieren und Kompromisse zu erarbeiten. Ich möchte mich mit
29 meiner zielorientierten Arbeitsweise in den Vorstand einbringen. Meiner
30 Erfahrung nach, sind unsere Wünsche und Vorstellungen oft nah beieinander.
31 Streit gibt es allerdings immer wieder über die Wege zum Ziel.

32 Ein weiteres Anliegen ist mir Transparenz. Ich halte es für wichtig, getroffene
33 Entscheidungen nach außen zu kommunizieren. Klarheit in der Zielsetzung und im
34 Arbeitsprozess führen zu mehr Verständnis und Akzeptanz an der Basis. Auch wenn
35 ich nicht jede Entscheidung mittrage, akzeptiere ich sie leichter, wenn ich weiß
36 wie sie zustande kam. Hier möchte ich helfen unsere Kommunikation mit den
37 Kreisverbänden zu verbessern und diese auch nach außerparteilich klarer zu
38 gestalten.

39 Dies ist mein Angebot an euch und ich würde mich freuen, wenn ihr es annehmt und
40 mir euer Vertrauen schenkt. Solltet ihr Fragen zu meiner Person oder meinen
41 Positionen haben, stehe ich euch gerne zur Verfügung.

42 Ralf Bohlander

B-10 Bewerbung als Beisitzer im Landesvorstand

Antragsteller*in: Matthias Borowiak

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 hiermit möchte ich mich um den offenen Platz des Beisitzers im neu zu wählenden
3 Landesvorstand auf dem Landesparteitag am 16. Juni in Halle bewerben.

4 Ihr habt mir die Möglichkeit gegeben in den letzten zwei Jahren als Beisitzer im
5 Landesvorstand unsere Grünen Ideen vertreten und mitgestalten zu können. Hinter
6 mir liegt eine spannende Zeit in der wir immer wieder unsere Position zwischen
7 einer Regierungspartei mit Pflichten und Zwängen und einem starken Landesverband
8 mit vielen neuen Ideen und grünen Lebenswelten finden mussten. Dafür danke ich
9 euch und bewerbe mich hiermit erneut, weil mir die Arbeit im Landesvorstand und
10 für unsere Grüne Sache Spaß macht.

11 Die nächsten zwei Jahre werden nicht weniger spannend werden, im Gegenteil!!! Es
12 gilt die Aufgabe zu bewältigen wieder ein klares Grünes Profil im Land
13 aufzubauen, welches neben der Regierungsarbeit im Landtag wahrgenommen wird. Was
14 meine ich damit konkret?

15 Wir müssen unsere Kampagnenfähigkeit auf Landesebene stärken. Die Mittel dafür
16 liegen bereit und müssen nur koordiniert werden. Die Zusammenführung der
17 ambitionierten und ehrenamtlichen Landesfachgruppen (LFGen) mit unseren
18 Abgeordneten und Regierungsmitgliedern sehe ich hier als eine Kernaufgabe des
19 neuen Landesvorstands an. Öffentlichkeitswirksame Aktionen der LFGen, wie die
20 Kinofilmvorführungen (z.B. „Biene Majas kleine Schwestern“ oder „Free-Lunch
21 Society“) haben nicht nur unsere Grünen Mitglieder aktiviert, sondern vor allem
22 auch nahestehende Vereine und Sympathisanten mit uns ins Gespräch geführt. Wir
23 brauchen in den nächsten Jahren mehr solcher Aktionen um unsere Politik, die
24 unserem Land Sachsen-Anhalt gut tut, von einem stabilen Wählerpotential tragen
25 zu lassen.

26 Außerdem bieten diese Veranstaltungen die Möglichkeit für Politikinteressierte
27 ohne Parteizugehörigkeit sich zu engagieren - das war schon immer ein
28 Markenzeichen von Bündnis '90/Die GRÜNEN welches wir pflegen sollten. Hier muss
29 der nächste Landesvorstand seine Prioritäten in den nächsten Jahren setzen, die
30 LFGen dabei zu unterstützen solche Aktionen auf die Beine zu stellen.

31 Wir müssen in den nächsten Jahren wieder selber Themen auf die politische
32 Tagesordnung setzen statt sie uns vorgeben zu lassen. Ein Thema wird hier die
33 wirtschaftliche Entwicklung der südlichen Region mit den stillzulegenden
34 Tagebauen und die Verkehrswende sein.

35 Wir in Sachsen-Anhalt müssen den Strukturwandel im Süden des Landes nicht als
36 großes Problem sehen, sondern als Chance die Region zu entwickeln. Zu lange
37 wurde hier wirtschaftlich nur auf eine Karte gesetzt. Mithilfe der
38 Digitalisierung die ernst umgesetzt, und nicht nur wie von der
39 Vorgängerregierung ausgesessen wird, kann man hier neue Perspektiven entwickeln.
40 Wir müssen eine aggressivere Verkehrswende Richtung Radverkehr und öffentlichen
41 Nahverkehr einfordern. Die Wende wird nicht von alleine kommen, sondern muss in

42 Zusammenarbeit mit den Verbänden durch Themensetzung in der Öffentlichkeit
43 politisch eingefordert werden. Auch hier sehe ich, dass wir bereits Konzepte und
44 motivierte Grüne haben und der neue Landesvorstand hier bei der Koordination und
45 Öffentlichkeitsarbeit der Aktionen hilft. An dieser Stelle würde ich sehr gerne
46 meine inhaltlichen Schwerpunkte im neuen Landesvorstand setzen und mich nach 2
47 Jahren messen lassen.

48 Die nächsten zwei Jahre sind für uns Bündnis '90/Die GRÜNEN in Sachsen-Anhalt
49 entscheidend. Wir werden dafür kämpfen, dass wir im nächsten Jahr die
50 Kommunalparlamente deutlich grün einfärben. In den nächsten zwei Jahren müssen
51 wir zeigen, dass Sachsen-Anhalt einer besseren Zukunft entgegengeht, weil wir
52 eine starke Grüne Fraktion im Landtag haben.

53 Dafür möchte ich mich im neu zu wählenden Landesvorstand einsetzen und würde
54 mich freuen, wenn ihr mir eure Stimme gebt.

55 Matthias Borowiak (KV Magdeburg)

B-11 Bewerbung als Basisvertreter im Bundesfinanzrat

Antragsteller*in: Claus-Jürgen Dietrich

Tagesordnungspunkt: 10. Wahl Basisvertretung zum Bundesfinanzrat

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 ich bewerbe mich erneut als euer Basisvertreter im Bundesfinanzrat. Nach der
3 Satzungsänderung auf der letzten BDK nennt sich die Basisvertreterin jetzt
4 sachkundiges Mitglied. Es werden aber weiterhin aus jedem Landesverband zwei
5 Delegierte in den Bundesfinanzrat entsandt, ein Landesvorstandsmitglied, in der
6 Regel die Schatzmeisterin, sowie das sachkundige Mitglied, wobei mindestquotiert
7 zu wählen ist, um das volle Stimmrecht (2 Stimmen) zu erhalten.

8 Für meine Bewerbung bedeutet dies, dass sie für den Fall der vorangehenden Wahl
9 einer Schatzmeisterin gilt. Sollte ein Schatzmeister gewählt werden, käme evtl.
10 eine Bewerbung als stellvertretendes sachkundiges Mitglied im Bundesfinanzrat in
11 Betracht.

12 Bisher wurden finanzrelevante Entscheidungen im Bundesfinanzrat selber getroffen
13 oder für die Bundesparteitage vorbereitet. Da nach Bildung eines
14 Finanzausschusses im Rahmen der erwähnten Satzungsänderung einige Aufgaben und
15 Entscheidungskompetenzen dahinein verlagert wurden, wird zukünftig wohl auch
16 eine entsprechende Kontrollfunktion auszuüben sein.

17 Wir müssen weiterhin darauf achten, dass die Solidarität zwischen den
18 Landesverbänden, insbesondere von den starken zu den strukturschwachen, aufrecht
19 erhalten bleibt. Daran möchte ich mitwirken. Durch Präsenz und aktive Mitarbeit
20 möchte ich unsere Interessen im Bundesfinanzrat vertreten.

21 Ich hoffe auf euer Vertrauen und bitte um eure Zustimmung.

22 Mit den besten Grüßen

23 Claus-Jürgen Dietrich

B-12 Bewerbung: Der Mensch im Mittelpunkt

Antragsteller*in: Mirko Wolff

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 wir begehen dieser Tage das 25 jährige Jubiläum von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in
3 Sachsen-Anhalt. Viele Menschen, die sich in der Vergangenheit – aber auch heute
4 – in unserer Partei engagiert haben und engagieren, haben schon vor 1993 als
5 Mutmacher*innen in mutloser Zeit gewirkt. So suchte z. B. Hans-Jochen Tschiche
6 in den bleiernen 1980er Jahren der DDR gemeinsam mit Menschen aus der
7 oppositionellen Friedens- und Umweltbewegung Auswege aus dem gesellschaftlichen
8 Stillstand seiner Zeit.

9 Seit dem ist viel Zeit vergangen und vieles an gesellschaftlicher Entwicklung
10 hat seinen Lauf genommen. In unserer 25 jährigen Geschichte in Sachsen-Anhalt
11 konnten wir einige grüne Erfolge verbuchen und haben politische Entwicklungen
12 gesehen, die uns auch an unsere Grenzen gebracht haben. In den zurückliegenden
13 Jahren gab es aber auch zunehmend gesellschaftliche Rückschritte und
14 Verunsicherungen in großen Teilen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt zu
15 beobachten. Alte konsensual geglaubte Werte wie Gleichheit, Freiheit,
16 Solidarität, Würde und Gerechtigkeit werden in einigen Teilen der Bevölkerung in
17 Frage gestellt. All das scheint verbunden mit einer politischen Lethargie, in
18 der auch wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN derzeit an einigen zentralen Punkten
19 Antworten schuldig bleiben. Diese großen politischen Aufgaben anzugehen, sollte
20 gerade auch die Aufgabe von BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt sein.

21 Die nächsten Jahre werden zeigen, ob es uns gelingen kann, die aktuelle
22 politische Ratlosigkeit und Gereiztheit in Teilen der Gesellschaft, welche sich
23 bis in die Kernbereiche unserer liberalen Demokratie vorgearbeitet hat, von uns
24 in angemessener Weise beantworten zu können und ob wir politisch im Stande sind,
25 die erforderlichen Mehrheiten für die Umsetzung zu organisieren.

26 Ich bin davon überzeugt, dass wir ein Stück weit den Geist der Anfangsjahre
27 unserer bündnisgrünen Bewegung wiederbeleben müssen. Damit ist auch verbunden,
28 an der einen oder anderen Stelle mal zu diskutieren, was andere derzeit nicht
29 einmal zu denken wagen. So beispielsweise eine radikale Re-Demokratisierung der
30 Gesellschaft und seiner Institutionen und Angebote, eine offene
31 Kapitalismuskritik in Form von Hinterfragen des Neoliberalismus als politischer
32 Methode, das Kämpfen für linksliberale Politik, die Stärkung des
33 gesellschaftlichen Zusammenhalts und das Überwinden sozialer Ungleichheiten
34 sowie mehr Europa wagen.

35 Wir müssen in den nächsten Jahren Impulse für eine Erneuerung von
36 gesellschaftlichen Normen und Werten setzen und diese progressiv begleiten.

37 Alte konsensual geglaubte Werte wie Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Würde,
38 Gerechtigkeit – wir müssen sie da, wo es sie noch gibt, erhalten – sonst
39 erkämpfen und neu definieren.

40 Es wird vor allem an uns liegen, ob eine bündnisgrüne Politik auch in Sachsen-
41 Anhalt eine Chance hat und als Gegenentwurf zu Nationalismus, Konservatismus und
42 fortschreitender gesellschaftlicher Spaltung dienen kann.

43 Mein konkretes Angebot:

44 Ich möchte in den nächsten Jahren, gemeinsam mit Euch, meinen Beitrag leisten
45 und das bündnisgrüne Politikangebot in Sachsen-Anhalt als Trutzborg für Freiraum
46 und Möglichkeiten eines jeden Menschen erhalten und gemeinsam mit allen
47 Engagierten im Land BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem kraftvollen Bündnis für
48 Sachsen-Anhalt weiterentwickeln.

49 In der gesamtpolitischen Wetterlage in der Bundesrepublik sind deutliche
50 Anzeichen für einen Wandel des scheinbar Gewohnten zu spüren. Das Parteiensystem
51 der Bundesrepublik, in seiner aktuellen Verfasstheit, ist derzeit nicht in der
52 Lage, die drängenden Probleme der Menschen im Land in adäquater Weise in
53 politisches Handeln zu überführen. Hier zeichnet sich aus meiner Sicht erst der
54 Beginn eines Wandlungsprozesses ab, der in seinem endgültigen Ausmaß noch nicht
55 klar zu beschreiben bzw. zu fassen ist.

56 Die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl und der Landtagswahlen zeigen,
57 dass es in absehbarer Zeit keine Wunschkoalitionen zur Regierungsbildung geben
58 wird. In Sachsen-Anhalt befinden wir Bündnisgrüne uns seit einiger Zeit in einer
59 Kenia-Koalition. Diese Koalition ist sicher für keinen der Beteiligten eine
60 Wunschkoalition. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die wir uns entschieden haben an
61 dieser Regierung mitzuwirken, fordern die nächsten Jahre ein deutliches Agieren
62 für bündnisgrüne Inhalte. Wir müssen klar erkennbar bleiben und dürfen da, wo es
63 notwendig ist, auch Konflikte nicht scheuen. Dieses gilt es vor allem auch im
64 Landesvorstand zu organisieren. Ob nun als Partei, Fraktion oder als Ministerin.
65 Dem Landesvorstand und den Landesvorsitzenden kommt in dieser Phase eine
66 bedeutendere Rolle zu als in Oppositionszeiten.

67 Es braucht aus meiner Sicht ein umsichtiges Handeln v. a. des Landesvorstandes
68 und der beiden Vorsitzenden um hier in steuernder Funktion, wo notwendig mit
69 einer gewissen Härte aber auch moderierenden Ansätzen, die unterschiedlichen
70 Ebenen des politischen Agierens zu verbinden. Ein Höchstmaß an Transparenz und
71 die Organisation von Angeboten des politischen Mitwirkens sind da für uns
72 Bündnisgrüne von zentraler Bedeutung. Nur eine Politik von der Basis umgesetzt
73 durch ein strategisch kluges Vorgehen über Landesvorstand, Fraktion und
74 Ministerin können eine Politik erzeugen, die die Menschen im Land mitnehmen
75 kann.

76 Ich möchte in den nächsten Jahren einen Prozess der programmatischen Erneuerung
77 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt ermöglichen, der z. B. unser 25-
78 jähriges Jubiläum zum Anlass nimmt, eine Standortschau zu halten. Es ist aus
79 meiner Sicht an der Zeit, einen Prozess zu organisieren, der von der Basis über
80 die Kreisverbände, die Landesfachgruppen, dem Landesvorstand, der Fraktion und
81 der Ministerin eine programmatische Überprüfung bisheriger Praxen und
82 Forderungen ermöglicht und eine Möglichkeit für Neues und neue Themen eröffnet.

83 Auch in Vorbereitung auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in 2019 sollten wir
84 unbedingt und sehr zeitnah über erweiterte Inhalte und Themen mit den Menschen
85 in unseren Kommunen ins Gespräch kommen. Neben einer konsequenten Öffnung
86 unserer Listen sollten wir in den verbleibenden Monaten bis zu dieser Wahl mit

87 den Menschen vor Ort ein Wahlprogramm entwickeln, welches ein Engagement auf
88 unseren Listen attraktiv gestaltet und sich an den Bedarfen der jeweiligen
89 Kommune orientiert.

90 Meine Erfahrungen der letzten Landtagswahl als Direktkandidat in der Altmark und
91 der Bundestagswahl, wo ich unser Politikangebot auf Listenplatz 2 der
92 Landesliste und ebenfalls als Direktkandidat vertreten durfte, zeigte mir in
93 besonderer Weise, dass wir in Sachsen-Anhalt vor einigen Herausforderungen
94 stehen, unsere bündnisgrünen Inhalte an die Menschen im Land zu vermitteln.

95 Wir sind in Sachsen-Anhalt in einem Bundesland der weiten Flächen und langen
96 Wege. Wir sind für die große Fläche insgesamt dünn besiedelt. Außerhalb der
97 Ballungszentren gibt es generell wenig Menschen in der Fläche und von den
98 Wenigen (ein Teil der Wahrheit) engagieren sich eben sehr Wenige für unser
99 bündnisgrünes Politikangebot. Ob es nun daran liegt, dass politisches Engagement
100 generell rückläufig ist oder wir eben keine passenden Antworten oder Angebote
101 bereithalten, gilt es zeitnah zu überprüfen und zu bearbeiten.

102 Aus meiner Sicht brauchen wir dringend neue Anspracheformate für die Menschen im
103 Land. Es braucht eine Aktivierung des Politischen in einer breiten Schicht von
104 Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir sollten hier einen Weg finden, mehr Menschen für
105 nachhaltiges Engagement zu aktivieren. Ein erster Schritt könnte sein, den
106 Menschen in all unseren Botschaften sehr klar in den Mittelpunkt zu rücken.

107 Lasst uns für Chancengleichheit und gute Bildung für alle Kinder, Jugendlichen &
108 Erwachsenen eintreten. Denn egal ob in städtischen oder ländlichen Räumen, ob in
109 wachsenden oder schrumpfenden Regionen, alle Menschen müssen die gleichen
110 Chancen haben, an der Gesellschaft teilzuhaben – unabhängig von ihrer Herkunft
111 und ihrem Geldbeutel.

112 Der Zugang zu guter Arbeit, zu ärztlicher Versorgung, Pflege, Schulen und
113 Kinderbetreuung, Angeboten der Jugend- und Sozialarbeit, digitalen Angeboten, zu
114 Kultur- und Freizeitangeboten und auch zu Einkaufsmöglichkeiten sollten
115 selbstverständlich sein.

116 Weitere Kürzungen an jeglicher sozialer Infrastruktur in allen Regionen im Land
117 müssen wir aktuell und zukünftig verhindern.

118 Die derzeit bestehende digitale Kluft zwischen Stadt und ländlichen Regionen
119 gilt es in den nächsten Jahren zu schließen. Wir müssen hiermit Sorge tragen,
120 dass schleunigst erhebliche Mittel für den Ausbau von schnellem Internet in der
121 Fläche bereitgestellt werden.

122 Lasst uns weiterkämpfen für eine regionale Wirtschaft und Landwirtschaft, die im
123 Einklang mit der Natur wirtschaftet und allen Menschen im Land ein gutes Leben
124 und gutes Wirtschaften ermöglicht und auch den heimischen Tieren und Insekten
125 ihren Lebensraum sichert.

126 Last uns für ein Politikverständnis eintreten, in dem ländliche Räume nicht nur
127 problembezogen betrachtet werden. Lasst uns die Stärken und Chancen dieser Räume
128 erkennen und nutzen. Ländliche Räume brauchen zukünftig eine angemessene
129 finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben im Sinne der Bürger*innen auch
130 bewältigen zu können.

131 Kurz gesagt: Es braucht einen klaren Kurs für unser zukünftiges bündnisgrünes
132 Politikangebot!

133 Dieser sollte klar geprägt sein von der Devise „der Mensch im Mittelpunkt“.
134 Lasst uns gemeinsam Antworten finden und formulieren, die eine klare
135 ostdeutsche, eine soziale, eine differenziert ländliche und städtische
136 Perspektive beinhalten. Eine Perspektive, die ökologisch, progressiv und
137 nachhaltig ist.

138 Mit großem Respekt vor den kommenden Aufgaben bewerbe ich mich um das Amt des
139 Landesvorsitzenden auf dem offenen Platz und hoffe auf eure Unterstützung.

140 Mit besten Grüßen

141 Mirko Wolff

142 Zu meiner Person:

143 Mirko Wolff, Dipl. Soz.-Päd. (FH), 42 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Kalbe
144 (Milde). Ich bin seit 15 Jahren als Bildungsreferent und Berater bei einer NGO
145 in Sachsen-Anhalt tätig. Durch meine langjährige Arbeit in der Konzeptionierung
146 und Durchführung von Bildungs- und Beratungsformaten in der politischen Bildung
147 verfüge ich über umfangreiche Erfahrungen in Beratung und Coaching, in der
148 Netzwerkarbeit, der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und bei der
149 Initiierung und Begleitung und Moderation demokratischer Beteiligungsprozesse.

150 Über viele Jahre bin ich bereits politisch tätig und war im Stadtrat,
151 Ortschaftsrat und als Ortsbürgermeister aktiv. Ehrenamtlich engagiere ich mich
152 schon seit frühester Jugend und aktuell in unterschiedlichen sozialen und
153 kulturellen Projekten bzw. Vereinen.

B-13 Bewerbung als Beisitzer für den Landesvorstand

Antragsteller*in: Hinrich Nowak

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

- 1 Liebe Delegierte, liebe Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt,
- 2 Wahlen im Landesverband sind ein guter Anlass, darüber nachzudenken, wie man
3 sein persönliches Engagement in den nächsten Jahren verorten und verstanden
4 haben möchte. Wir alle wissen, dass in Sachsen-Anhalt grüne Politik kein
5 Selbstläufer und kein leichtes Geschäft sind. Die jüngsten Ereignisse zeigten
6 dies überdeutlich. Mehr denn je ist unser aller Engagement für die grüne Sache
7 gefragt.
- 8 Kritik ist gut und richtig, wenn sie angebracht ist und frei von persönlichen
9 Ressentiments in den richtigen Räumen vorgetragen wird. Ja, ich habe wie andere
10 auch an der Arbeit des Landesvorstandes der letzten zwei Jahre in Teilen Kritik
11 geübt. Dies getan zu haben ist die eine Sache, daraus die andere logische
12 Konsequenz, sich für eine Mitarbeit im Landesvorstand zu bewerben und seine
13 Kraft in die gemeinsamen Aufgaben zu investieren.
- 14 Gerade in den kommenden Jahren mit einer Vielfalt von großen Aufgaben braucht
15 unser bündnisgrüner Landesverband einen starken Landesvorstand. Einen, der sich
16 mehr mittel- und langfristigen Themen und Aufgaben zuwendet und das operative
17 Tagesgeschäft als eine Aufgabe der gut funktionierenden Landesgeschäftsstelle
18 mit kompetenten Mitarbeiter*innen versteht. Einen der vorausschauend agiert und
19 weniger reagiert und einen, der mit Augenmerk in die Partei wirkt und über die
20 Parteigrenzen hinaus aktiv wird.
- 21 Vor uns stehen Wahlen, wo man sehr genau auf uns schaut. Viel zu oft ist die
22 politische Debatte im Land nicht mehr von Inhalten geprägt, sondern eher von
23 persönlichen Angriffen, die oft genug das Maß der Erträglichkeiten übersteigt.
24 Und dennoch müssen wir unsere Politik den Menschen im Land noch genauer
25 erklären. Wir sollten eben nicht nur sagen was wir nicht wollen, sondern das
26 Warum und unsere grünen Ziele und Alternativen mehr und besser kommunizieren.
27 Gerade hier haben der Landesvorstand und die gesamte grüne Basis einen Vorteil
28 vor der Arbeit der Landtagsfraktion. Der Koalitionsvertrag ist ein Kompromiss,
29 aber er darf uns nicht daran hindern uns inhaltlich weitergehender zu
30 positionieren. Das ist unsere Pflicht als Partei gegenüber uns und unseren
31 Wähler*innen. Hierbei zählt die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen
32 Mitgliedern im Landesverband. Lasst uns wieder mehr gemeinsam innerparteilich
33 und darüber hinaus mit berufsständischen und anderen Interessenverbänden ins
34 Gespräch kommen, lasst uns hören, was sie zu sagen haben und schaffen wir es,
35 dass uns sehr genau zugehört wird. Keine Überwindung kann größer sein, als die,
36 sich gegenseitig nicht mehr zuhören und miteinander reden zu wollen. Wir
37 brauchen wieder mehr Format der Partei und den Biss, uns auch mit Vertretern an
38 einen Tisch setzen zu wollen, die andere Vorstellungen vom Hier und Jetzt und
39 der Zukunft haben. Auch könnten Grüne Townhall-Meetings in den Städten und den
40 ländlichen Räumen einen neuen Versuch für Bürgerdialoge darstellen. Wir müssen
41 den Mut haben mit den Bürgerinnen und Bürgern über unsere Themen zu streiten.
42 Das ist Teil unseres politischen Auftrages und dieser darf sicht- und hörbarer
43 über die Grenzen der Fraktion hinaus wahrgenommen werden. Wie aber genau dieser

44 Dialog und die Gespräche in den nächsten zwei Jahren zu führen sind, wird u.a.
45 mein Anliegen sein.

46 Strukturen und Mechanismen, die vor zehn oder zwanzig Jahren noch gut oder gut
47 genug funktionierten, müssen heute nicht mehr das bedeuten, was sie einmal
48 waren. Es ist aus meiner Sicht an der Zeit, diese zu hinterfragen und ggf.
49 Veränderungen und Anpassungen vorzunehmen. Unsere Partei verändert sich ähnlich
50 wie wir dies in der Gesellschaft im Allgemeinen wahrnehmen. Nicht nur die
51 Partei, sondern ebenso unsere Mitglieder und Aktiven werden älter. Der
52 Altersdurchschnitt liegt aktuell im Mittel bei 50 Jahren. Damit sind wir zwar im
53 Vergleich zu anderen demokratischen Parteien noch besser dran, aber die
54 Gesamtbetrachtung lässt eine Entwicklung erahnen, die zwangsläufig das Thema auf
55 die Tagesordnung setzt. Oder wie schrieb es Der Spiegel in Vorbereitung der
56 Bundestagswahl 2017 so schön: „Nicht nur das Wahlvolk wird immer älter, auch die
57 Politik ergraut.“ ([http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bund-estagswahl-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bund-estagswahl-2017-die-parteien-in-zahlen-a-1167836.html)
58 [2017-die-parteien-in-zahlen-a-1167836.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bund-estagswahl-2017-die-parteien-in-zahlen-a-1167836.html), Abruf: 04.06.18). Was müssen wir
59 tun? Sicher nicht eine alternde Gesellschaft verdammen oder uns in Selbstmitleid
60 ergehen und resignieren. Wir sollten vielmehr unsere Parteistrukturen anschauen,
61 unsere Größen und Altersdurchschnitte der Kreisverbände betrachten und in einem
62 gemeinsamen Dialog darüber beraten und befinden, wo wir Synergieeffekte sehen
63 und Veränderungen anstreben könnten. Hierbei kann der Landesvorstand den Auftakt
64 bieten und gemeinsam mit den Vertretern der Kreisverbände Überlegungen für eine
65 Strukturreform initiieren. Dabei meine ich nicht, den Verbänden etwas
66 überzustülpen, sondern in Ruhe darüber zu befinden, welche freiwillige
67 Zusammenarbeit und Strukturen die nächsten Jahre unseren Weg bestimmen könnten.
68 Unser Mut ist bestimmt darüber zu beraten und nachzudenken, was wir gemeinsam
69 schaffen können.

70 Im Weiteren möchte ich fachlich die Themen Krankenhaus- und Pflegepolitik und
71 medizinische Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen mehr und besser
72 thematisieren. Fehlentwicklungen, ihre Auswirkungen und Folgen einer alternden
73 Gesellschaft drängen immer mehr in den Fokus der Betrachtung. Wir Grüne in
74 Sachsen-Anhalt dürfen bei diesen Themen nicht locker lassen. Gerne darf dies
75 auch hörbarer und lauter werden. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr
76 Pflegebedürftige. Die Pflegeberufe benötigen mehr Mitspracherechte. Zu oft wird
77 über ihre Köpfe hinweg von anderen Professionen entschieden. Wie diese
78 Mitsprache aussehen kann, wird weiter zu besprechen sein. Fest steht, es braucht
79 in Sachsen-Anhalt für die Angehörigen der Pflegeberufe mehr Wertschätzung und
80 bessere Arbeitsbedingungen. Ebenso nötig sind bei weitestgehend privatisierten
81 Krankenhauslandschaften geeignete Instrumente, die sicherstellen, dass die
82 Träger ihrem Versorgungsauftrag nachkommen. Auch die Reform der Pflegeausbildung
83 im Bezug auf eine Ausbildungsumlage gehört diskutiert. Dies wird signifikant zu
84 einer Erhöhung der Ausbildungszahlen führen. Hier bin ich gerne bereit meine
85 Kraft und mein Wissen einzubringen.

86 Liebe Freundinnen und Freunde,

87 wenn wir im Schatten der Koalition stehen, werden wir selbst keinen werfen. Die
88 Menschen in unserem Land haben eine bessere Regierung verdient.

89 Lasst uns gemeinsam für ein neues grünes Profil kämpfen, dass wir den
90 Bürgerinnen und Bürgern zur nächsten Landtagswahl als Angebot unterbreiten
91 können.

- 92 Lasst uns gemeinsam die nächsten zwei Jahre stark und mit klugen Argumenten
93 auftreten.
- 94 Lasst uns in den Gremien über die zukünftige Ausrichtung und Schwerpunkte
95 unserer Arbeit beraten.
- 96 Lasst uns gemeinsam überlegen, was wir im Hinblick auf unsere arbeitsfähigen
97 Strukturen ändern und anpassen müssen, damit wir in der Zukunft diese Arbeit gut
98 und gerne leisten können.
- 99 Hierzu möchte ich gerne meinen Beitrag leisten und bitte um Euer Vertrauen.
- 100 Euer Hinrich

Begründung

Hinrich Nowak

Gesundheits- und Pflegewissenschaftler (M.Sc.)

Krankenpfleger

Lehr- und Luft-Rettungsassistent

seit 02/1997 Mitglied im KV Anhalt-Bitterfeld

seit 2014 Vorsitzender des KV Anhalt-Bitterfeld

aktives Mitglied im Nabu

Mitarbeit Wildkatzenmonitoring BUND Sachsen-Anhalt und verschiedene andere Initiativen im Bereich des Naturschutzes

B-14 Bewerbung als Beisitzer im Landesvorstand

Antragsteller*in: Gunter Walther

Tagesordnungspunkt: 7. Wahlen zum Landesvorstand

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Ich lebe im Burgenlandkreis, bin in Weißenfels geboren. Zwischendurch habe ich
3 in Thüringen, Sachsen, Berlin und Baden-Württemberg gearbeitet und gelebt. Bald
4 werde ich 54 Jahre alt und habe davon nahezu die Hälfte der Zeit mit B90/Grünen
5 verbracht. Dabei bin ich Vater dreier Töchter geworden und habe einen alten
6 zerfallenen Bauernhof wieder zum Leben erweckt.

7 Politisch war und ist mein Schwerpunkt alternatives Bauen/Denkmalschutz, wenig
8 später kam die Kommunalpolitik dazu. So habe ich uns im Kreistag Weißenfels, zu
9 den Bundestagswahlen 2005 und den Landtagswahlen im Direktmandat vertreten und
10 bin als erster Grüner Stadtrat in Weißenfels gewählt.

11 Mein Ziel war es auf Kreisebene ein Büro oder „Grünentreff“ zu haben, um
12 sukzessiv eine Parteistruktur an der Basis aufzubauen. Das gelang unserem KV
13 noch vor dem Wiedereinzug in den Landtag. Wir hatten das erste Mal ein eigenes
14 KV-Büro im BLK 2010. Bündnisgrüne Politik hatte so vor Ort einen konkreten
15 Anlaufpunkt. Dort werden seitdem Ideen geschmiedet und kommuniziert.

16 Genau diese Art von Parteiarbeit möchte ich auf der nächsten Ebene fortsetzen
17 und gestalten, um unsere B90/Grünen mit Vertrauen zu stärken und unsere
18 politische Familie in der Gesellschaft als die dem Menschen und der Welt
19 verpflichtende Truppe zu präsentieren.

20 Dazu gehört neben Nachhaltigkeit und Ökologie auch das bedingungslose
21 Grundeinkommen voranzutreiben. Wir brauchen diesen Vertrauensvorschuss in die
22 Menschen, um Ihnen Sicherheit, Kreativität und Freiheit zu geben, in einer von
23 Umbrüchen und Rationalisierungen geprägten Welt.

24 KV-Sprecher des Burgenlandkreises, einem der vielfältigsten und wirtschaftlich
25 bedeutendsten Landkreise in unserem Land, war ich auch über mehrere Legislaturen
26 hinweg. Zur Zeit bin ich Beisitzer im KV BLK.

27 Ich freue mich, wenn Ihr mir Eurer Vertrauen gebt.

28 Gunter Walther Weißenfels 11.06.2018

Begründung

über mich

Gunter Walther

nicht verheiratet

3 Kinder

Handwerksmeister

LfG Ökologie

LfG Soziales

B-15 Bewerbung als Beisitzer im Landesschiedsgericht

Antragsteller*in: Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz)
Tagesordnungspunkt: 11. Wahlen zum Landesschiedsgericht

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
2 liebe Delegierte,
3
4 ich bewerbe mich als Beisitzer im Landesschiedsgericht und bitte euch um eure
5 Stimme. Derzeit absolviere ich mein Referendariat beim Oberlandesgericht
6 Naumburg
7 und konnte als benannter Beisitzer im Schiedsgericht bereits in der abgelaufenen
8 Legislatur kurzfristig an der parteiinternen Schiedsgerichtsbarkeit mitwirken.
9 Durch meine Erfahrung als Landesvorsitzender bin ich sicher im Umgang mit
10 unserer
11 Satzung und zugleich in der Lage, praxisorientiert und realitätsnah zu
12 entscheiden. Ich weiß also sowohl politisch als auch rechtlich, wovon ich rede
13 und kann mit meinen Fähigkeiten das Schiedsgericht bereichern.
14
15 Mit bunten Grüßen,
16 Sebastian Lüdecke

Begründung

Persönlich und beruflich

* Sebastian Lüdecke, geb. 1987, verheiratet, ein Kind

* wohnhaft in Halle

* seit 2017: Rechtsreferendar beim OLG Naumburg

* seit 2015: Mitglied der Versammlung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (Mitarbeit im Rechts- und Programmausschuss)

* 2007 bis 2017: Studium der Rechtswissenschaft (Abschluss mit der 1. Juristischen Staatsprüfung)

* 2011 bis 2016: Landesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

B-16 Delegierter zum Kongress der EGP

Antragsteller*in: Philipp Zeller

Tagesordnungspunkt: 13. Wahl Delegierte*r zum EGP Kongress

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
- 2 Hiermit bewerbe ich mich als Delegierter für den Kongress der Europäischen
- 3 Grünen Partei (EGP).
- 4 Europapolitik ist mittlerweile in allen Politikfeldern angekommen. Der Weg der
- 5 Europäischen Integration ist, auch durch eine starke Grüne europäische Stimme,
- 6 in den letzten Jahren trotz teilweise schlimmer Begleitumstände (Polen, Ungarn,
- 7 Rechtspopulismus) vorangekommen. Die EGP hat hieran großen Anteil und gerne
- 8 würde ich mich daran auf dem nächsten Kongress beteiligen.
- 9 Philipp Zeller

Begründung

Zu meiner Person:

Geboren in Freiburg im Breisgau vor mittlerweile 33 Jahren. Nach einem Jurastudium in Osnabrück und Halle, mittlerweile im Referendariat ebenfalls in Halle und kurz vor dem Abschluss.

Grünes Mitglied seit Januar 2008, zunächst im Stadtverband Osnabrück (Niedersachsen), seit 2016 im Stadtverband Halle. 2009 bis 2016 Mitglied der LAG Hochschule in Niedersachsen und zusätzlich 2010 bis 2016 Mitglied der LAG Demokratie und Recht in Niedersachsen, zeitweise BAG-Delegierter und auch Sprecher für die LAG Hochschule.

Seit 2016 Mitglied der LFGen Demokratie und Recht sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur und über diese zu den entsprechenden BAGen delegiert.

Seit Februar 2017 Beisitzer im Vorstand des Stadtverbandes Halle.

B-17 Bewerbung als Ersatzdelegierter für den/die Basisdelegierte/n Länderrat

Antragsteller*in: Martin Grimm

Tagesordnungspunkt: 8. Wahl Delegierte*r zum Länderrat

- 1 Liebe Freundinnen und Freunde,
- 2 hiermit bewerbe ich mich als Ersatzdelegierter für den Basis-Länderrats-Platz.
- 3 Dies ist eine Platzhalterbewerbung, die ich gerne bei Vorliegen qualifizierter
- 4 Bewerbungen für den Ersatzplatz zurückziehe. Aber unser Landesverband sollte
- 5 unsere Bundesgremien schon ernst nehmen und jemanden mit einem gewissen
- 6 Erfahrungshintergrund bestimmen.
- 7 Viele Grüße,
- 8 Martin

B-18 Bewerbung als Delegierte für den Bundesfrauenrat

Antragsteller*in: Cathleen Hoffmann (KV Stendal)

Tagesordnungspunkt: 9. Wahl Delegierte zum Bundesfrauenrat

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Frauenpolitik ist und war schon immer ein Herzstück von Bündnis 90/Die Grünen –
3 und das ist auch gut so. In keiner anderen Partei wird der Wert der
4 Frauenpolitik so hoch gehalten wie bei uns und darauf bin ich stolz.

5 Darum setze ich mich auch dafür ein mehr Frauen dazu zu bewegen, politisch aktiv
6 zu werden. Dazu benötigen wir meines Erachtens eine attraktivere Gestaltung
7 unserer politischen Realität. Ich finde es spannend über neue Formate
8 nachzudenken: z.B. Frauen-Mentoring-Programme für Kommunalas,
9 familienfreundliche Treffen (Kinderbetreuung, Nanny-Service, keine Abend-
10 Termine, etc.), Setzen von mehr frauenpolitische Themen – gerade auf kommunaler
11 Ebene. In meinem beruflichen Kontext setze ich mich viel mit Diskriminierung in
12 der Arbeitswelt auseinander. In Seminaren und Workshops vermittele ich die Werte
13 unserer Grundgesetze – und hier sind die Frauenrechte immer ein Thema. Dabei
14 werden folgende wichtigen Punkte, die wir für Frauen weiter erkämpfen müssen
15 immer wieder genannt:

16 • Lohngerechtigkeit: Wie kann es sein, dass es im Jahr 2017 noch immer ein
17 Gender-Gap von 20% gibt?

18 • Karrierechancen: Eine durchschnittliche Geschäftsführung in Deutschland
19 ist: männlich, weiß, verheiratet mit zwei Kindern.

20 • Familienfreundliche Arbeitswelt: Noch immer gehen mehr Frauen nach der
21 Geburt in Teilzeit als Männer und verdienen so weniger Geld.

22 Zu all meinen genannten Themen fände ich den Austausch auf Bundesebene spannend
23 und bitte daher um Eure Unterstützung für meine Bewerbung als Delegierte zum
24 Bundesfrauenrat.

25 Viele Grüße

26 Cathleen

Begründung

Meine Grüne Vita:

- Seit 2012 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
- 2014 - Teilnahme am bundesweiten Nachwuchs-Trainee Programm
- 2016-2018 Beisitzerin des KVV Salzwedel
- 2016-2018 Beisitzerin des Landesvorstand
- Seit 2018 Co-Vorsitzende des KV Stendal
- 2018: Mitgründerin der LFG ländliche Räume

Und sonst noch:

- Vorsitzende des Vereins SoNet e.V. - soziales Netzwerk für weltoffene und demokratische Jugend- und Sozialarbeit im Altmarkkreis Salzwedel
- Vorsitzende der Kreiselternvertretung im Altmarkkreis Salzwedel

S-1 Antrag zur Änderung der Satzung in § 7, Landesdelegiertenrat (LDR)‘

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge folge Satzungsänderung beschließen:
- 2 § 7 Landesdelegiertenrat (LDR)
- 3 1. Außerordentliche Sitzungen sind einzuberufen auf:
- 4 • Beschluss des Landesdelegiertenrates
- 5 • Beschluss des Landesvorstandes
- 6 • Antrag von 3 Kreisverbänden.
- 7 Die Einladungsfrist beträgt mindestens 14 sollte 7 Tage nicht unterschreiten.

Begründung

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass unsere Satzung zu unflexibel ist, um mit dem geeigneten Gremium Landesdelegiertenrat auf kurzfristige Begebenheiten zu reagieren. Dass die Frist für einen außerordentlichen LDR genau so lang ist wie für einen ordentlichen LDR kann nur als Fehler begriffen werden. Zumal die Antragsfrist mit 2 Tagen deutlich kürzer ist als die bisher vorgesehenen 2 Wochen. Daher schlagen wir eine Änderung analog zur bestehenden Formulierung für einen außerordentlichen Landesparteitag vor, die eine echte verkürzte Einladung zulässt, die aber auch die Vorlaufinteressen der Mitglieder berücksichtigt. Für diese Flexibilisierung bitten wir dringend um Zustimmung.

S-2 Antrag zur Änderung der Satzung zur BasisvertreterIn im Bundesfinanzrat

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge folge Satzungsänderungen beschließen:
- 2 Neu einfügen in:
- 3 § 6 Landesparteitag (LPT)
- 4 (5) weitere Aufgaben des ordentlichen Landesparteitages sind:
- 5 • dem/der BasisvertreterIn im Bundesfinanzrat,
- 6 Neu einfügen in:
- 7 § 10 Landesfinanzrat (LaFi)
- 8 (6) Der/die BasisvertreterIn im Bundesfinanzrat ist gemäß Frauenstatut quotiert
- 9 zu dem/der LandesschatzmeisterIn für zwei Jahre zu wählen.

Begründung

Die Neuregelung der Satzung des Bundesverbandes zum Bundesfinanzrat hat nun auch dort eine Quotierung der Delegierungen durchgesetzt. Unserem Landesverband stehen zwei Sitze zu, davon zuerst qua Amt einer für den/die LandesschatzmeisterIn. Je nachdem, ob dieser Platz von einer Frau oder einem Mann besetzt worden ist, können wir zukünftig den Platz der/des BasisvertreterIn nur noch stimmberechtigt besetzen, wenn dieser mit einer Person des dem Landesschatzmeisters entgegengesetzten Geschlechts besetzt ist, sofern dieser ein Mann ist. Wir können also zukünftig nicht mehr zwei Männer entsenden. Da unsere Satzung bisher wenig Regelung für die Wahl der/des BasisvertreterIn vorsah, bitten wir um entsprechende Aufnahme einer geeigneten Regelung in die Satzung.

S-3 Antrag zur Änderung der Satzung zu LandesrechnungsprüferInnen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge die folgenden Satzungsregelungen ersatzlos streichen:
- 2 § 6 Landesparteitag (LPT)
- 3 (5) weitere Aufgaben des ordentlichen Landesparteitages sind:
- 4 • die Wahl der unabhängigen RechnungsprüferInnen;
- 5 und
- 6 § 11 LandesrechnungsprüferInnen
- 7 [komplett]

Begründung

Dieser Paragraph fordert die Benennung unabhängiger politischer Rechnungsprüferinnen des Landesverbandes und ist einfach überholt. Denn inzwischen gibt es eine umfangreiche, professionelle formale Rechnungsprüfung durch die Rechnungsprüfungsanforderungen des Bundesverbandes und die Bundestagsverwaltung, welche auch die Einhaltung der einschlägigen rechtlichen Bedingungen prüfen. Für das Zahlenwerk als solches besteht darüber hinaus kein Prüfbedarf mehr. Und eine politische Bewertung des Finanzverhaltens des Landesverbandes hat seit mindestens fünf Jahren kein Mitglied eingefordert, oder ernsthaft angegangen. An diesem Punkt sollten wir einsehen, dass sich dieser Posten überlebt hat, statt ihn mit schlechtem Gewissen immer weiter mitzuschleppen, aber doch nie auszuführen.

S-4 Antrag zur Änderung der Satzung zu § 10 Landesfinanzrat (LaFi)

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge folgende Satzungsänderung beschließen:
- 2 § 10 Landesfinanzrat (LaFi)
- 3 (3) Der Landesfinanzrat wird von der/dem LandesschatzmeisterIn mit mindestens
- 4 14tägiger dreiwöchiger Frist eingeladen. Er tagt nach Bedarf oder wenn
- 5 mindestens drei KreisfinanzlerInnen dies fordern, aber mindestens zweimal
- 6 jährlich. Die Einladung muss die Beschlussvorlagen enthalten. Antragsschluss ist
- 7 eine Woche vor der Sitzung, Änderungsanträge sind möglich.

Begründung

Die Kopplung von Einladungs- und Antragsfrist hat sich im Alltag als außerordentlich anspruchsvoll erwiesen. Daher beantragen wir eine Aufsplittung in eine längere Einladungsfrist als grundlegende Vorbereitung auf den Termin und eine kürzere Antragsfrist für die Versendung der Unterlagen. Denn nur so ist sichergestellt, dass auch Mitglieder eine Chance auf Antragstellung haben, denn momentan liegt das Verfahren komplett in den Händen der/des LandesschatzmeisterIn – und mit knapper Einladungsfrist ist dann schon die eigenständige Antragsfrist verstrichen.

S-5 Antrag zur Änderung der Satzung zu § 12 Landesfachgruppen (LFG)

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge folgende Satzungsänderung beschließen:
- 2 § 12 Landesfachgruppen (LFG)
- 3 (3) Die SprecherInnen der Landesfachgruppen sind gleichzeitig fachpolitische
- 4 SprecherInnen des Landesverbandes für das jeweilige Fachgebiet. Sie übernehmen
- 5 die Organisation der LFGen, Beobachtung der fachpolitischen Diskussion und
- 6 Information der Partei. Die Amtszeit der SprecherInnen beträgt zwei Jahre,
- 7 danach ist eine erneute Wahl nötig. Die Wiederwahl ist möglich.

Begründung

Aus irgendeinem unerfindlichen Grund ist das Amt der SprecherInnen der Landesfachgruppen als einziges in unserer Satzung bisher nicht befristet. Wir schlagen daher eine Anpassung an die übliche 2-Jahres-Frist der anderen Ämter vor.

S-6 Antrag zur Änderung der Satzung in § 8 ‚Landesvorstand‘

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 16.05.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Landesparteitag möge folge Satzungsänderung in § 8 - Der Landesvorstand -
- 2 Absatz 9, Satz 2 wie folgt beschließen:
- 3 „Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst, für
- 4 Abstimmungen zum Beginn oder Beendigung von Arbeitsverhältnissen ist die
- 5 Zustimmung von zwei Dritteln der gewählten Mitglieder erforderlich.“

Begründung

Eine starr festgelegte Abstimmungsquote für alle Sachverhalte hat sich im Arbeitsalltag des Landesvorstandes als nicht immer der Tragweite bestimmter Entscheidungen (z.B. Beginn oder Beendigung von Arbeitsverhältnissen) angemessen erwiesen. Was bei Routine-Entscheidungen zweifelsohne für eine Handlungsfähigkeit sorgt, ist der Tragweite von Personalangelegenheiten schlicht nicht angemessen. Hier gilt es auch der Verantwortung unserer Partei als Arbeitgeberin stärker Rechnung zu tragen. Um dieser Ernsthaftigkeit besser zu entsprechen, schlagen wir hierfür ein höheres Abstimmungsquorum vor. Dieses sichert Angestellte stärker davor ab, zum kurzfristigen Spielball unterschiedlicher Interessen zu werden und steigert damit die Attraktivität unserer Landespartei als Arbeitgeber.

S-7 Endgültige Einführung papierloser Parteitage

Antragsteller*in: Marcus Geiger, Christoph Kaßner

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zur Änderung von Satzung und Finanzordnung

- 1 Der Parteitag möge beschließen, dass alle folgenden Parteitage und
- 2 Landesdelegiertenräte nahezu papierlos abgehalten werden, soweit satzungsmäßig
- 3 zulässig. Dazu wird insbesondere auf den Vorratsdruck von Unterlagen verzichtet.
- 4 Delegierte können stattdessen bei Bedarf vor Ort im Parteitagsbüro einzelne
- 5 Anträge ausgedruckt bekommen, wenn es für sie keine andere Möglichkeit gibt,
- 6 diese einzusehen.
- 7 Dazu beantragen wir die Ergänzung unserer Satzung im
- 8 § 5 „Organe und Gremien“
- 9 um einen neuen Absatz:
- 10 „(8) Alle Einladungen, Informationen und Unterlagen zu Sitzungen werden aus
- 11 Gründen der Papiersparsamkeit grundsätzlich digital per E-Mail zugestellt,
- 12 sofern dem nicht höherrangige rechtliche Erfordernisse entgegenstehen.
- 13 Mitglieder und Gremien, die keine E-Mail- Adresse haben oder ihren expliziten
- 14 Wunsch dazu erklären, werden per Brief eingeladen und informiert.“

Begründung

Wir sind die Partei, die sich den Natur- und Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben hat.

Die letzten Parteitage und Landesdelegiertenräte haben gezeigt, dass ein weitestgehender Papierverzicht durchaus möglich und sehr angenehm ist.

Auch das Aufräumen im Anschluss geht schneller.

Vor dem Testlauf verdruckten wir tausende Blätter Papier, für Antragsunterlagen, die oft nicht einmal gelesen wurden.

Obwohl diese Unterlagen schon damals an die meisten Delegierten digital übermittelt wurden. Nur noch ein geringer Anteil bekommt die Unterlage in schriftlicher Form.

Dennoch lagen bei den Parteitagen und LDR stapelweise ausgedruckte Antragsunterlagen aus.

Darüber hinaus werden tagesaktuelle Änderungen oder modifizierte Übernahmen teilweise immer noch in Papierform an alle verteilt.

Hier gibt es noch Nachholbedarf.

Eine dauerhafte Abkehr von dieser Verfahrensweise würde neben den ökologischen auch personelle Ressourcen in unseren eigenen Reihen einsparen.

Es müssen keine tagesaktuellen Änderungsanträge mehr Just- in-Time gedruckt und verteilt werden.

Dabei ist der Aufwand für die digitale Bereitstellung der Daten durchaus überschaubar, wie die Erfahrung in der Testphase gezeigt hat.

Neben dem, auf Parteitage immer wieder geforderten, kostenfreien W-Lan ist nur eine Cloud oder ein Server zur Datenbereitstellung notwendig.

Die Delegierten, die nicht über einen digitalen Zugang verfügen, sollen selbstverständlich auch in Zukunft die Unterlagen in schriftlicher Form erhalten.

Dies sollte im Vorfeld angemeldet werden.

Lasst uns mit einem ökologisch guten Beispiel vorangehen und auf diese Papierflut in Zukunft verzichten.

Und mit gutem Beispiel einen weiteren Schritt in eine gesündere Umwelt gehen.

Wenn wir Grüne damit nicht anfangen, wer dann?